

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands (Sitz Hamburg)
 Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint jeden Sonnabend. Monatsbezugspreis 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten • Anzeigenpreis: Nach Tarif der Inseraten-Union GmbH., Berlin SW 68
 Herausg.: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschl., Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4 St. Anzeigen aus den Zahlstellen die vierspaltige Petitzelle 50 Pf.

Um Menschenwürde, Recht und Freiheit

Das deutsche Volk ist in einen neuen Erregungszustand versetzt worden. Die Regierung hat es nicht gewagt, sich vor dem Reichstag zu verantworten, sondern vom Reichspräsidenten die Ermächtigung erhalten, den alten Reichstag aufzulösen. Wir stehen also wiederum vor einem Wahlkampf, der die bisherigen noch an Schärfe übertrifft. Das arbeitende Volk Deutschlands, um dessen Einfluß dieser Kampf geführt wird, steht vor der Frage, ob es sich endgültig von einem reaktionären Klüngel niederringen lassen will.

Als das Kabinett Brüning der Hintertreppenpolitik erlag, wurde ein Kabinett eingesetzt, das zu den reaktionärsten seit 50 Jahren gehört. Von den neuen Ministern sind sieben Adlige, darunter vier Freiherren, ein Graf und ein General. Das arbeitende Volk ist zum erstenmal seit 1918 unvertreten. Diese Regierung der allerschwarzesten Reaktion hat eine Erklärung veröffentlicht, die die schlimmsten Ahnungen bestätigt. Danach sollen die Schwierigkeiten Deutschlands auf den Versailler Vertrag und die „Mißwirtschaft der Parlamentsdemokratie“ zurückzuführen sein. Die finanziellen Grundlagen des Reiches, der Länder und der Gemeinden seien erschüttert. Die Sozialversicherungen ständen vor dem Bankrott. Schuld daran sei der Staatssozialismus. Die Nachkriegsregierungen hätten den Staat zu einer Art Versorgungsanstalt gemacht. Deshalb müsse dem „unseligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf, vergrößert durch den Kulturbolschewismus, der wie ein fressendes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, Einhalt geboten werden“. Ferner wird gegen die atheistisch-marxistische Zersetzung zu Felde gezogen und eine klare Entscheidung des Volkes darüber verlangt, ob es nach den Grundsätzen christlicher Weltanschauung leben wolle oder nicht. Das ist der Sinn der Regierungserklärung nach der innenpolitischen Seite. Sie läßt wahrhaftig nichts zu wünschen übrig. Die christliche Weltanschauung wird stark herausgestellt. Der Führer der Zentrumsparterie, Prälat Kaas, hat diese pharisäische Moral bereits als ein „Christentum der Etikette“ bezeichnet. Er muß ja die Herren kennen.

In der Regierungserklärung folgt dann eine Verbeugung nach dem Ausland hin, die in der Sehnsucht nach friedlichem Zusammenarbeiten mit andern Nationen ausklingt. Also außenpolitisch zahm, wie keine Linksregierung bisher. Es ist die alte Geschichte: brutal und rücksichtslos den eigenen Volksgenossen und katzenbuckelnd dem Ausland gegenüber.

Diese reaktionäre Regierung ist angeblich ans Ruder gekommen, um mit der Notverordnungs politik der Regie-

rung Brüning endgültig Schluß zu machen. In der Antrittserklärung liest man aber, daß zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates „ein Teil der von der alten Regierung geplanten Notmaßnahmen“ erlassen werden soll. Man kann sich ungefähr vorstellen, welche Teile diese Adelsregierung sich aus der Notverordnung Brüning aussuchen wird: die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung, der Invalidenversicherung und alles, was an Verschlechterungen gegen den Protest der Gewerkschaften bereits von der alten Regierung geplant war. Dagegen wird alles das, was als positiv in der in Aussicht gestellten Notverordnung angesehen werden konnte, wie die Siedlungspolitik, Arbeitsbeschaffung, Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung usw. herausbleiben. Mit dieser einseitigen Inkraftsetzung der Notverordnung hätte man vorerst sein Ziel erreicht, nämlich den „Staat als Versorgungsanstalt“ abzubauen.

Diese Regierung ist eine Regierung Hitlers und Hugenbergs. Wie bekannt geworden ist, hat Hitler sowohl dem General Schleicher wie Hindenburg zugesagt, diese Regierung sogar noch über die Wahlen hinaus zu tolerieren, wenn sie bestimmte Zusagen mache: Auflösung des Reichstags und Aufhebung des SA.-Verbots. Das eine ist geschehen, das andere wird bald folgen. Die Anhänger der NSDAP. bilden den Sockel der neustabilisierten Reaktion. Ohne diese „Arbeiterparterie“ wären die reaktionären Oberschichten jetzt und für alle Zukunft erledigt. Als Ausgleich will man den Nazis den Staat Preußen überlassen, damit sie dort ihre Leute an die Futterkrippe führen können. Wahrhaftig ein sauberes Tauschgeschäft!

Wir haben also die Revolution von oben in reinster Form. Es ist nur charakteristisch, daß diese mit den Mitteln der höchsten demokratischen Einrichtung, des freien Wahlrechts, geführt werden soll. Die Neuwahl des Reichstags geschieht mit dem ausgesprochenen Zweck, die Herrschaft der Hitler-Barone für alle Zukunft zu sichern. Man spekuliert darauf, daß die Mehrheit des deutschen Volkes unter der beispiellosen Not durch die Wirtschaftskrise sich dazu hinreißen läßt, der NSDAP. und den übrigen reaktionären Splitterparteien die Mehrheit in die Hand zu geben. Daß diese Spekulationen überhaupt möglich sind, daß man glaubt durch den dichten Gasnebel der Verleumdung und Verdummung die Mehrheit des deutschen Volkes für sich gewinnen zu können, ist eine Tragik und eine Beleidigung der Ehre dieses kulturellen Volkes überhaupt. Man sieht hieraus, wie wenig Aufklärung bisher getrieben werden konnte und wie gering die Urteilsfähigkeit des Volkes eingeschätzt wird.

Was aus der deutschen Wirtschaft werden soll, kann man sich ungefähr vorstellen. Der in Aussicht stehende Reichstagswahlkampf wird allein durch seine Heftigkeit die letzten Reste der bestehenden Wirtschaft erschüttern. Die NSDAP. als neue Regierungspartei hat durch ihre Redner im Preußischen Landtag bereits erklären lassen, wie sie sich die Wirtschaftspolitik der Zukunft denkt. Einer dieser Erwählten des Volkes hat dies folgendermaßen umrissen: „Nur allerhöchste Schutz zölle können die deutsche Landwirtschaft retten. Wir Nationalsozialisten sind für die allgemeine Arbeitsdienstpflicht. Das alles geht allerdings mit den bisherigen Methoden der Reichsbank nicht. Deshalb brauchen wir eine selbständige Währung“. Diese programmatischen Erklärungen bedeuten nichts anderes als Zwangsarbeit durch die Arbeitsdienstpflicht, unerhörte Teuerung durch landwirtschaftliche Schutz zölle und die Inflation mit all ihren Schrecken. Für die Grundrechte der Arbeiterschaft wie Tarifverträge, Arbeitslosenversicherung, Arbeiterschutz, Invalidenversicherung usw. ist in einem Staat, wo obige Gedanken zur Durchführung kommen, kein Raum mehr.

Was bereits von dieser Regierung, und zwar für die allernächste Zeit in Aussicht steht, drückt die „Vossische

Zeitung“, Nr. 268, folgendermaßen aus: „Für die Großagrarien wird der Staat auch weiterhin eine ‚Wohlfahrtsanstalt‘ sein und aus öffentlichen Mitteln einigen Dutzend Großgrundbesitzerfamilien im Osten es ermöglichen, ihren überschuldeten Betrieb weiterzuführen. Mit der Arbeitslosenunterstützung wird, wenn man die Reichsregierung recht versteht, sehr bald Schluß gemacht werden. Und ebenso mit dem Tarifrecht. Die Löhne, die sich heute schon auf dem denkbar niedrigsten Niveau befinden, sollen nach dem Gutdünken der Generaldirektoren noch weiter gesenkt werden. Jener sozialpolitische Zustand von 1862 soll wiederkehren, den Hugenberg als sein Ideal bezeichnet hat.“ So kennzeichnet ein bürgerliches Blatt die Zukunft der deutschen Entwicklung.

Die organisierte Arbeiterschaft weiß, was auf dem Spiele steht; sie wird sich mit Leidenschaft für Menschenwürde, Recht und Freiheit einsetzen. Die Reaktion wird die Arbeiterklasse auf den Schanzen finden. Es gilt den Rückfall in das Zeitalter der sozialpolitischen Barbarei aufzuhalten, den Staat der Freiheit und des Rechtes zu verteidigen und schließlich die Würde der Menschheit zu sichern. Wir kämpfen mit guten Waffen unter den Fahnen des Sozialismus und der Demokratie. Der Sieg wird und muß unser sein!

Die gefesselte Weltwirtschaft

Das Bild der Weltwirtschaft der Gegenwart zeigt leider noch keine Erscheinungen, die eine Entlastung von dieser furchtbaren Krise erkennen lassen. In den Wintermonaten war die Arbeitslosigkeit auf etwa 30 Millionen angestiegen. Die Frühjahrsentlastung ist sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten in geringem Maße erkennbar gewesen. Die Indexziffer der industriellen Weltproduktion beträgt nach den Feststellungen des deutschen Konjunkturinstituts (1928 = 100) 74 gegen 81 im Dezember 1931. Damit liegt die industrielle Produktion, selbst unter Einschluß der stark gestiegenen Erzeugung Sowjetrußlands, bereits unter dem Stand von 1913. Neuen, teilweise sehr scharfen Rückgängen standen in den letzten Monaten regionale Erholungszeichen und gewisse Entspannungssymptome auf den Geldmärkten gegenüber. Die Währungskrisen haben sich in vielen Ländern weiter verschärft. Die Zahl der Länder, die ihre Goldwährung aufgeben mußten, erhöhte sich um fünf (Ecuador, Chile, Siam, Griechenland, Peru). Daneben sahen sich weitere Länder zur Erklärung von Moratorien gezwungen. So ist die Lage in der Weltwirtschaft allgemein als äußerst schlecht anzusehen.

Ueberblickt man die Lage einzelner Länder und Wirtschaftsgebiete, so kann man von einer absoluten Gleichförmigkeit im Wirtschaftsablauf nicht mehr sprechen. Wenn dies auch im ganzen an der krisen-

haften, nach abwärts gerichteten Weltkonjunktur nichts ändert, so sind doch die Einzelercheinungen bemerkenswert. Es beginnen sich langsam einige Inseln aus dem Krisenmeer hervorzutun. Länder mit Besserungserscheinungen sind Argentinien, Brasilien und Australien. Gemildert hat sich ferner der Abschwung in einigen Gebieten des britischen Weltreichs. Auch Japan hat eine kurze Erholungspause zu verzeichnen gehabt. Demgegenüber zeigen die meisten überseeischen Länder starke, krisenhafte Verschlechterungen. Soweit die Industrieländer in Frage kommen, haben sich die Produktionsrückgänge neben Deutschland in Frankreich verschärft fortgesetzt. Frankreich wehrte sich gegen die Verschlechterung durch Erhöhung der Zölle. Dennoch konnte die wachsende Passivität der Handelsbilanz nicht verhindert werden. Frankreich scheint namentlich durch das Ausbleiben der Reparationszahlungen seine finanzielle Vormachtstellung zu verlieren. In Italien hat sich die Schrumpfung der Produktion verschärft fortgesetzt. Außerordentlich verschärft hat sich die Krise in Oesterreich, Polen und der Tschechoslowakei. Auch Schweden vermochte durch die Valutaentwertung nicht die Abschwungsbewegung aufzuhalten. Die Schweiz und Holland wehren sich durch Zollerhöhungen usw. energisch gegen das weitere Vordringen der Krise. Doch vermögen sie das Schicksal wahrscheinlich nicht abzuwen-

den. Großbritannien verzeichnet eine verhältnismäßig günstige Lage. Die industrielle Produktion ist gestiegen. Infolge von Valuta und Zollschutz ist die Einfuhr von Industrieerzeugnissen erfolgreich abgewehrt worden. Damit einher ging eine Steigerung des Inlandsabsatzes. Auf den Auslandsmärkten hat die englische Industrie ihre Konkurrenten zurückgedrängt. Die Ausfuhr konnte sogar etwas gesteigert werden. Während die Schifffahrt anderer Länder in großen Teilen weiter stillliegt, konnten englische Schiffe wieder in Fahrt gesetzt werden. In den Vereinigten Staaten von Amerika hat der Konjunkturrückgang mit unverminderter Wucht angehalten. Den Anstrengungen der amerikanischen Regierung gelang es aber, der Bankenkrise Einhalt zu gebieten. Durch eine großzügige Kreditausweitung hofft man auch den Druck auf die Preise zu mildern. Es scheint, daß die Krise in den Vereinigten Staaten alsbald auf dem tiefsten Stand angekommen ist.

Die Rückschläge im Welthandel traten in diesem Frühjahr besonders heftig in Erscheinung. Durch die Erschwerungen im zwischenstaatlichen Güteraustausch bei anhaltender Lähmung des Weltkreditverkehrs haben sich die Währungsschwierigkeiten in einer Reihe von Staaten weiter erhöht.

Die Seuche der Autarkiebestrebungen hat immer weitere Abwehrmaßnahmen zur Folge. Im 1. Vierteljahr 1932 ist der Welthandelsumsatz gegenüber der gleichen Zeit im Jahre 1929 wertmäßig um 58 % und mengenmäßig um 33 % zurückgegangen. Gegen das 4. Vierteljahr 1931 ergibt sich eine Verminderung von rund 22 % der Werte und 19 % der Mengen. Das ist eine Entwicklung, die über kurz oder lang zur Katastrophe führen muß. Von den vier großen Welthandelsländern hat sich die Ausfuhr in Deutschland und den Vereinigten Staaten am meisten vermindert. Der Welthandel leidet vor allem durch die Aufspaltung Europas in Gläubiger- und Schuldnerländer. Die Gläubigerländer sperren sich ab und verhindern dadurch die Zahlungsfähigkeit der Schuldnerländer. Die Psychose der Autarkie scheint den Welthandel vollständig zu erschlagen. Das arbeitende Volk hat die stärksten Opfer dabei zu tragen. Je geringer der Austausch von Gütern wird, desto höher steigt die Arbeitslosigkeit.

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer derartigen Desorganisation, daß man an einer Wiedergesundung zweifeln könnte. Erwartungsvoll blickt man auf die bevorstehenden Verhandlungen in Lausanne. Denkt man aber dabei an die politische Entwicklung in Deutschland und an gleichartige Erscheinungen

anderswo, so ist man geneigt, die Hoffnungen auf ein Mindestmaß herabzuschrauben. Eine Weltwirtschaftskonferenz ist nach der Lausanner Konferenz in Aussicht genommen. Wenn man sich aber politisch in irgendeiner Form nicht zu einigen vermag, dann kann man auch den Ausgang der Weltwirtschaftskonferenz bereits voraussehen. Man wird sich auch

dort mit Komplimenten und leeren Redensarten begnügen. Inzwischen hungern die Völker weiter und werden in eine immer größere Verzweiflungsstimmung versetzt, die unweigerlich zur Explosion führen muß. Politische Verbrecher haben dann die Möglichkeit, ihre Ernte in die Scheune zu bringen. Die Folgen können furchtbar werden.

Tagung der organisierten Verbraucher

In seiner Eröffnungsrede äußerte sich der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Heinrich Lorenz, unter anderm kritisch zu den Ursachen der Krise, als die er eine Ueberrationalisierung der Betriebe, Ueberproduktion und Fehlleitungen des Kapitals angab. Er wandte sich dagegen, daß die ohnehin schon geringe Kaufkraft des werktätigen Volkes noch weiter herabgedrückt wird. Unsere Wirtschafts- und Industriekapitäne hätten sich als schlechte Schiffsführer erwiesen. Deutlich wandte sich der Redner gegen Inflations- und Autarkiepläne, bekannte sich zu der Arbeit für den Weltfrieden und stellte sich auf den Boden der gewerkschaftlichen Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung.

Ueber Entwicklung und Stand der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung berichtete Vollrath Klepzig vom geschäftsführenden Vorstand. Die Mitgliederziffer betrug Ende 1931 2,94 Millionen Haushaltungen und verringerte sich bis zum 31. März 1932 auf rund 2,9 Millionen, war also an diesem Tage größer als zu Beginn der Weltwirtschaftskrise. Der Umsatz der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes sank von 1212 Millionen Mark im Jahre 1930 auf 1047 Millionen Mark 1931. Der Umsatzrückgang ist auf Preisermäßigungen zurückzuführen.

Die Spareinlagen der Konsumgenossenschaften verminderten sich 1931 von 406 Millionen Mark auf 319 Millionen Mark. In den ersten drei Monaten 1932 trat eine Senkung des Spareinlagenbestandes um 18 Millionen Mark ein.

Bei den Vorstandsberichten wies Hugo Bästlein, Hamburg, in seinem Referat über „Wirtschaftliche Angelegenheiten“ unter anderm darauf hin, daß die Ausnahmeumsatzsteuer restlos bestehen geblieben ist. Die immer wieder behauptete Steuerfreiheit der Konsumvereine sei Lug und Trug. Die Steuerleistung der dem Zentralverband angeschlossenen Genossenschaften betrug 1929 19 846 275 M., 1930 26 770 603 M. und 1931 32 282 079 M. Ein schreiendes Unrecht sei die Steuerfreiheit des Sparabatts für den Privathandel und die Besteuerung des Sparabatts der Konsumgenossenschaften durch Körperschafts- und Kapitalertragsteuer. Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die deutsche Agrarwirtschaft unterstrich der Redner mit dem Hinweis darauf, daß die Genossenschaften für mindestens 125 Millionen Mark deutsche landwirtschaftliche Produkte gekauft haben.

Dem Tenor der Vorstandsberichte entsprachen zwei Entschlüsse gegen das

Steuerrecht, gegen die Auswüchse der Zollpolitik und Autarkiebestrebungen. Allein in der Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen liege die wohlverstandene Pflege des Binnenmarktes. Ueber internationale genossenschaftliche Angelegenheiten sprach Klepzig. Er machte dabei geltend, daß der Internationale Genossenschaftsbund 65 Millionen Mitglieder umfaßt. Mehr als 200 Millionen Erdbewohner könnten also als mittelbare und unmittelbare Anhänger der Genossenschaftsbewegung gelten.

Das konsumgenossenschaftliche Fortbildungswesen behandelte Walter Hoff, Hamburg, und über die Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine berichtete Bästlein, Hamburg.

In seinem Referat über „Notverordnungen und die sich daraus ergebenden Steuer- und Wirtschaftsverhältnisse“ stellte Dr. Gustav Petersen, Hamburg, unter anderm fest, daß die Vorschrift des Artikels 48 der Reichsverfassung zumindest für einen Teil der Notverordnungen nur eine recht zweifelhafte Rechtsgrundlage abgibt.

Die vom Vorstand vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden vom Referenten Bästlein als eine vorübergehende Maßnahme bezeichnet, die unter veränderten Verhältnissen revidiert werden könne. Sie heben die zwingende Bestimmung auf, in jedem Jahre einen Genossenschaftstag abzuhalten, und regeln dementsprechend Zuständigkeit und Amtsdauer des Generalrates, Vorstandes und Ausschusses. Die Genehmigung der Verbandsrechnung und die Entlastung des Vorstandes soll jedoch dem jeweils nächsten Genossenschaftstag vorbehalten bleiben.

Die Neuwahlen zum Vorstand ergaben insofern eine interessante Aenderung, als an Stelle des wegen Krankheit ausscheidenden August Kasch der frühere badische Staatspräsident Dr. Adam Remmele in den geschäftsführenden Vorstand des Zentralverbandes gewählt wurde.

Die Abrechnung von 1931 und der Voranschlag von 1932 des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Bericht der Revisionskommission, der keine Einwendung gegen die Rechnungsführung erhob, wurden genehmigt.

Dann wurde die Tagung von dem Vorsitzenden des Zentralverbandes, Heinrich Lorenz, mit Dankesworten an die Jenaer Konsumgenossenschaft und zugleich mit dem Wunsche geschlossen, daß aus dem wirtschaftlichen Jena der gegenwärtigen Zeit das Sedan der Konsumgenossenschaften werden möge.

Unsere statistischen Feststellungen vom 28. Mai 1932

Am vorerwähnten Tage haben 868 Zahlstellen berichtet und einen Mitgliederbestand (Poliere, Hilfspolier, Gesellen) von 85 117 nachgewiesen und außerdem 3161 Lehrlinge. Arbeitslos waren von den Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 66 879 oder 78,6 % und von den Lehrlingen 940

oder 29,7 %. Krank waren von den Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 703 oder 0,8 % und von den Lehrlingen 39 oder 1,2 %.

Wie groß die Arbeitslosigkeit im Bereich der einzelnen Landesarbeitsämter ist, zeigt nachfolgende Tabelle:

Landesarbeitsämter	Zahlstellen	Es berichteten					
		Mitglieder (ohne Lehrlinge)		Lehrlinge		davon arbeitslos	in Proz.
		gesamt	davon arbeitslos	gesamt	davon arbeitslos		
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Ostpreußen	58	4 148	3 080	74,3	234	59	25,2
2. Schlesien	77	8 855	7 222	81,5	533	178	33,4
3. Brandenburg	115	9 312	6 463	69,4	372	67	18,0
4. Pommern	61	3 621	2 541	70,2	126	21	16,7
5. Nordmark	104	9 123	6 657	73,0	276	33	12,0
6. Niedersachsen	76	6 134	4 848	79,0	176	62	35,2
7. Westfalen	17	2 086	1 856	89,0	47	27	57,4
8. Rheinland	19	2 792	2 468	88,4	41	18	43,9
9. Hessen	25	2 310	2 054	88,9	64	30	46,9
10. Mitteldeutschland	136	11 364	9 124	80,3	552	191	34,6
11. Sachsen	60	16 559	13 550	81,8	466	157	33,7
12. Bayern	78	5 624	4 462	79,3	193	69	35,8
13. Südwestdeutschland	40	2 689	2 112	78,5	57	26	45,6
Deutsches Reich	866	84 617	66 437	78,5	3 137	938	29,9
14. Ausland	2	500	442	88,4	24	2	8,3
Insgesamt	868	85 117	66 879	78,6	3 161	940	29,7

Der gesamte Mitgliederbestand beträgt einschließlich der 50 Zahlstellen, die 2644 Mitglieder und außerdem 74 Lehrlinge hatten und nicht berichteten, 918 Zahlstellen mit 87 761 Mitgliedern und

außerdem 3235 Lehrlingen, insgesamt 90 996 Mitglieder.

Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 25. Juni.

Konjunkturstatistik

An der Konjunkturstatistik waren im Monat Mai 321 Betriebe beteiligt, die 1726 Zimmerer beschäftigten. Das sind 1580 Zimmerer weniger als im Mai 1931. Die Zahl der Firmen, die keine Zimmerer beschäftigten, beträgt 49. Von den 321 Betrieben, die berichteten, war der Beschäftigungsgrad in 8 Betrieben mit 149 Beschäftigten gut, in 28 Betrieben mit 362 Zimmerern als befriedigend und in 285 Betrieben mit 1215 Zimmerern als schlecht zu bezeich-

nen. Im Laufe des letzten Monats sind in 137 Betrieben 472 Zimmerer eingestellt und in 76 Betrieben 217 Zimmerer zur Entlassung gekommen.

Die Konjunkturaussichten für die nächsten 14 Tage wurden im allgemeinen als schlecht bezeichnet.

Aus nachstehender Tabelle ergibt sich, daß die Konjunktur einen sehr geringen Aufstieg verzeichnet. Im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres ist eine wesentliche Verschlechterung eingetreten.

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit						Bewertungsziffer
	gut 2		befriedigend 3		schlecht 4		
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	
1931 Mai	19	342	96	1 465	226	1 499	3,75
1932 April	2	13	27	327	294	1 147	3,76
1932 Mai	8	149	28	362	285	1 215	3,62

Ende Mai waren von 100 Verbandsmitgliedern 78,6 arbeitslos, 0,8 krank, somit nur 20,6 in Arbeit. Bei den Lehrlingen waren von 100 29,7 ohne Arbeit und 1,2 krank, somit nur 69,1 in Arbeit. Die

durchschnittliche Arbeitslosigkeit ist 78,6 %. Den höchsten Stand mit 89 % zeigt Westfalen, den niedrigsten Stand mit 69,4 % Brandenburg.

Uniformierte Sklaven

Kein geringerer als der Reichsleiter der Organisationsabteilung II der NSDAP., also der Mann, der im Stabe Hitlers die Pläne für den Aufbau des Dritten Reiches ausgearbeitet hat, hat vor wenigen Tagen in Berlin im Herrenhaus in einer von schwerindustrieller Seite unterstützten Versammlung die nationalsozialistischen Pläne über die Arbeitsdienstplicht vorgelesen. Dieser Mann, der Oberst a. D. Hierl, entwickelte dort nach dem Bericht der nationalsozialistischen „Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung“, Nr. 121, vom 26. Mai 1932, etwa folgende Gedankengänge:

Freiwilliger Arbeitsdienst sei eine durchaus unzureichende Abhilfe. Als Bindeglied zwischen der allgemeinen Schule und der unbedingten zu fordernden

Wehrpflicht wird der Arbeitsdienst wichtige und wertvolle Aufgaben zu lösen haben. Die Nationalsozialisten fordern deshalb allgemeine Arbeitsdienstplicht. Auf die Arbeitsdienstplicht der Frau, die eine ganz andere Form erhalten wird, müßten wir vorläufig verzichten. Der Arbeitsdienst wird nur notwendige Arbeiten für die Allgemeinheit durchzuführen haben. Der Arbeitsdienstplichtige erhält keinen Lohn, sondern Unterkunft, Verpflegung und ein Taschengeld von 30 bis 50 Pfennig pro Tag. Die Einberufung erfolgt für zwei Jahre, vom 19. bis 22. Lebensjahr, so, daß immer zwei Jahrgänge im Dienst sind. Ein Jahrgang erlaßt heute 450 000 Jugendliche, deren Zahl jedoch bei der jetzt herangewachsenen Kriegsjugend nur die

Hälfte betragen wird. Spezialisten (Ärzte, Ingenieure usw.) können nach einjähriger praktischer Dienstleistung und abgelegten Prüfungen in ihrem Fach beschäftigt werden. Für Polizei- und Wehranwärter beträgt die Dienstzeit nur ein Jahr. Die gesamte Organisation dieser Maßnahmen muß einheitlich vom Reich erfolgen, doch soll in der Gliederung der landmannschaftliche Charakter gewahrt werden. Die kleinste und unterste Formation ist die Arbeitsabteilung, die aus 216 Mann besteht. 10 bis 15 solcher Arbeitsabteilungen bilden eine Arbeitsgruppe, die unter einem Kommandeur steht; wiederum 10 bis 15 solcher Gruppen stellen dann eine Arbeitsinspektion, unter einem Inspekteur. Das ganze Reichsgebiet wird in 30 dieser Inspektionen eingeteilt, die nach den Ländergrenzen und Verwaltungsbezirken eingeteilt sind. Die gesamte Organisation untersteht einem Reichsminister für Arbeitsdienst, dem zur praktischen Kontrolle drei bis vier Generalinspektoren zur Seite stehen sollen. Die Betätigung des Arbeitsdienstes liegt in erster Linie in umfassenden Bodenverbesserungsarbeiten mit dem Ziele einer Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Ein Ausbau der Wasserkräfte, Aufforstungsarbeit, Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, und ein großzügiger Besiedlungsplan für den Osten bietet wertvolle Arbeitsmöglichkeiten. Daneben ist der Bau von Eigenheimen für Industriearbeiter und die städtische Bevölkerung durchzuführen. Bei der Finanzierung des Arbeitsdienstes müssen zunächst die derzeitigen Ausgaben für Arbeitslosenversicherung eingesetzt werden. Sie betragen rund 80 M monatlich für den Arbeitslosen; zieht man die Verwaltungskosten mit rund 8 M ab, so bleibt eine tägliche Ausgabe von 2,40 M. Dadurch sind die Unterhaltskosten für den Arbeitspflichtigen vollumfänglich gedeckt. An zusätzlichen Kosten entstehen einmalige Ausgaben für Neueinrichtung, laufende für die Besoldung des Stammpersonals und Kapitalinvestitionen für die Arbeiten selbst. Es werden in den ersten Jahren Zuschüsse von einigen 100 Millionen erforderlich sein. Der Staat ist berechtigt und verpflichtet, die Kredite zu schaffen, um den Arbeitsdienst in Gang zu bringen. Die Einberufung der Arbeitsdienstpflichtigen erfolgt im No-

vember, die Wintermonate dienen der Schulung und Vorbereitung.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt über den gleichen Vortrag noch weitere Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß Oberst Hierl mit seinen Arbeitsdienstpflichtigen, für die er die Einführung einer „kleidsamen Uniform“ empfiehlt, um „einen guten Geist und Dienstfreudigkeit zu schaffen“, das Wattenmeer trockenlegen will.

Die Entrichtung des Arbeitsdienstes soll ferner durch besondere Gesetzesbestimmungen nach dem Boxheimer Muster gegen „Verächtlichmachung“ geschützt werden.

Damit haben die Nazis ihre Katze ziemlich weit aus dem Sack gelassen. Kein Lohn, nur „Löhnung“, Uniform, Strafordnung, Drill, zweijährige Dienstpflicht fürs „Volk“, Einteilung in Kompanien, Regimenter und Armeekorps (denn deren Zahlenverhältnisse entsprechen die von Hierl gewünschten Arbeits-Abteilungen, Gruppen und Inspektionen), dazu noch der deutliche Hinweis, daß diese Arbeitsdienstpflicht die Wehrpflicht entweder ersetzen oder darauf vorbereiten soll: Besten Dank, wir kennen uns aus. — Ganz abgesehen davon, daß die Wirtschaftlichkeit der Arbeitsdienstpflicht noch keineswegs erwiesen ist, ganz abgesehen von der Frage, ob es nicht vielleicht in der deutschen Wirtschaft dringendere Aufgaben gibt als die Trockenlegung des Wattenmeeres: Was sich hier austobt, das ist die Kommandierwut einer beschäftigungslos gewordenen Offiziersclique, zu deren Wohlbefinden es eben gehört, das „Volk“ zu schikanieren, zu kommandieren, zu „schleifen“. Und die das mit doppeltem Vergnügen macht, wenn dabei ihren schwerindustriellen und großagrarischen Hintermännern ein fetter Batzen Geld herausgewirtschaftet und die Löhne unter Druck gehalten werden können.

Gewisse Formen des freiwilligen Arbeitsdienstes, die gegenseitige Arbeitsnihilie von Erwerbslosen, wie sie Professor Lederer vorschlägt, mögen für die Arbeiterschaft vorübergehend als Aushilfs- und Notlösungen tragbar sein. Was aber Nazis und „Rada“ zusammenbrauen, muß uns in schärfster Kampfstellung sehen.

¹ Akademiker als „Einjährige“.

Arbeitslohn und Kaufkraftschwund

Der wirtschaftliche Niedergang, wie er in der noch immer herrschenden Wirtschaftskrise zum Ausdruck gelangt, hat seine Ursache sicher in erheblichem Umfang in der durch den Weltkrieg herbeigeführten Verarmung der Völker, zum großen Teil aber auch in dem kapitalistischen Raubbau, der innerhalb des letzten Jahrzehnts schärfer denn je ihre Kräfte erschöpfte. Die kapitalistischen Einflüsse verhindern, daß die allgemeine Kaufkraft den technischen Fortschritten folgen kann. Wie bekannt, haben sich die Produktivkräfte der Wirtschaft gewaltig vermehrt. In dem gleichen Maße ist die Erzeugungsfähigkeit von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft gestiegen. Für Deutschland allein berechnet sich diese Steigerung teilweise bis zu 100%. Demgegenüber ist jedoch das Einkommen der arbeitenden Volksschichten, die vorzugsweise als Abnehmer und Verbraucher der erzeugten Güter in Betracht kommen, nicht entsprechend gewachsen, wie es für eine vernünftige Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft notwendig wäre. Unter dem Druck der behördlich geförderten Lohn- und Gehaltssenkungen, der nicht im gleichen Maße herabgehenden Warenpreise sowie der zunehmenden Arbeitslosigkeit hat vielmehr das Volkseinkommen eine erhebliche Verminderung erfahren. Nach den Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung beträgt der Einkommensrückgang gegenüber dem Jahre 1929 zirka 20 Milliarden Mark. Das bedeutet eine so erhebliche Schwächung der allgemeinen Kaufkraft, daß sie die schlechte Lage der Wirtschaft wenn nicht vollständig, so doch in sehr wesentlichem Umfang erklärt.

Das Unternehmertum weiß gegenüber dem so zwischen Produktion und Kauf-

kraft entstehenden Mißverhältnis keinen andern Ausweg, als weitere Lohn- und Gehaltssenkungen in Vorschlag zu bringen. Dabei läßt sich leicht nachweisen, daß auf solchem Wege die vorhandenen wirtschaftlichen Mißstände nicht behoben, sondern nur verschlimmert werden können. Das Unternehmertum geht hierbei von der Auffassung aus, daß seine eigennützigen Interessen, vor allem aber seine uneingeschränkten Gewinnbestrebungen allein für das Gedeihen der Wirtschaft maßgebend sind. Das ist eine Anmaßung, die scharf zurückgewiesen werden muß. Die Unternehmer bilden nicht die Wirtschaft, sondern nur einen Teil von ihr, und bei weitem nicht den wichtigsten. Auch der Unternehmergewinn spielt sehr zu unrecht die ihm innerhalb des heutigen Wirtschaftssystems zugemessene Rolle. So hoch er auch vielfach noch ist, so steht er doch an wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung weit hinter der den Arbeiterlöhnen zufallenden Bedeutung zurück. Letztere sind es, die wegen der Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger, die zugleich als Verbraucher auftreten, der Wirtschaft Impuls und Leben verleihen und von deren Höhe der wirtschaftliche Niedergang oder Aufschwung abhängig ist. Lediglich der Verkenning dieser Tatsache ist es zuzuschreiben, wenn die gegenwärtige Wirtschaft eine erschreckende Rückläufigkeit

zeigt und eine Krise von solchem Ausmaß eintreten konnte.

Verbrauchssteigerung und Arbeitszeitverkürzung sind notwendig!

Die wirtschaftliche Entwicklung wird dadurch charakterisiert, daß man in steigendem Maße darauf bedacht ist, die menschliche Arbeitskraft durch Maschinen und technische Verbesserungen zu verdrängen, angeblich, um die Produktion zu verbilligen und den Verbrauch zu steigern. Dagegen wäre nichts einzuwenden, doch ist von einem solchen Erfolg nichts zu bemerken. Unter vernünftigen Verhältnissen müßte er sich darin zeigen, daß die Erleichterung und Beschleunigung der Arbeit das Ergebnis hätte, bei kürzerer Arbeitszeit und günstigerer Lohngestaltung die Lebenshaltung des Volkes zu heben und auch dem Arbeiter die Möglichkeit einzuräumen, bis dahin unerfüllbare Bedürfnisse zu befriedigen. Eine so geschaffene Verbrauchssteigerung würde zur Folge haben, die durch den technischen Fortschritt an einer Produktionsstelle abgelösten und überflüssig gewordenen Arbeiter an einer andern Stelle zu verwenden. Das Entstehen von Arbeitslosigkeit wäre damit ausgeschlossen.

Innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, besonders unter der bestehenden Herrschaft kapitalistischer Monopole, wird ein solcher Ausgleich verhindert. Jeder technische Fortschritt hat für den Kapitalisten nur den Zweck, seinen Gewinn zu vergrößern sowie ihm hierbei hinderliche Konkurrenten aus dem Wege zu räumen. Der technische Fortschritt führt zur Produktionsverbilligung. Aber der hieraus entspringende Vorteil nützt nicht der Wirtschaft, sondern nur dem kapitalistischen Unternehmer. Der durch die Maschine beschäftigungslos gewordene Arbeiter wird rücksichtslos auf die Straße geworfen, seine Existenzgrundlage vernichtet und seine Lebenshaltung verschlechtert. Nicht viel besser ergeht es den in Arbeit Bleibenden. Auch ihre Lebenshaltung erfährt eine Herabdrückung. Völlig unbeachtet bleibt dabei, wie mit jedem beschäftigungslosen Arbeiter, mit jeder Lohnminderung Kaufkraft verloren geht, die Steuerleistungen sinken und die öffentlichen Wohlfahrtslasten steigen müssen.

Ein solches Verfahren muß zum Nachteile der Wirtschaft ausschlagen und Folgen zeitigen, wie sie gegenwärtig in Erscheinung treten. Jede Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität erfordert stärkeren Verbrauch, mehr Kaufkraft, weil sie sonst unsinnig ist und selbst für den Kapitalismus selbstmörderisch wirkt. Und dieser durch steigende Kaufkraft herbeizuführende Mehrverbrauch kann nur unten, in den breiten Schichten des arbeitenden Volkes geschaffen werden, weil hier entsprechende Bedürfnisse bestehen oder zu wecken sind. Eine Steigerung der Luxusbedürfnisse der besitzenden Klasse vermag einen solchen Erfolg nicht hervorzurufen, weil es sich bei ihr nur um eine verhältnismäßig kleine Oberschicht handelt.

Aussichten der deutschen Konjunktur

Die Konjunkturlage Deutschlands zeigt eher noch eine Wendung zum Schlechten. Man bekommt einen gelinden Schreck, wenn man folgende Prognose des Instituts für Konjunkturforschung auf sich wirken läßt: „In Deutschland sind keine Anzeichen einer allgemeinen Konsolidierung festzustellen. Zwar ist die Vertrauenskrise etwas abgeflaut, worauf die Tendenz zur Auflösung der Stückgeldhorte und die Stagnation der Effektenmärkte hindeuten; auch verzeichnen einige Branchen unter dem Einfluß saisonmäßiger Faktoren eine

gewisse Entlastung. Im ganzen aber hat sich die Wirtschaftslage erneut verschlechtert: Die Arbeitslosigkeit ist konjunkturell im weiteren Anstieg begriffen, Produktion, Preise und Umsätze sind abwärts gerichtet. Der anhaltende Druck auf das Einkommen läßt die Konsumkraft des deutschen Volkes mehr und mehr zusammenschmelzen und treibt die Verkaufserlöse von Einzelhandel, Verbrauchsgüterindustrie und Landwirtschaft zu weiterem Rückgang. Die restriktive Höhe der Zinssätze am Kapitalmarkt, an denen der Diskontabbau nahezu spurlos vorübergegangen ist, hält die Investitionstätigkeit und mit ihr den Absatz an Investitionsgütern nieder. Die Abkapselung der einzelnen Volkswirtschaften vom Weltmarkt in Verbindung mit der erhöhten Exportkonkurrenz Großbritanniens entziehen der deutschen Industrie mehr und mehr die wichtige Stütze des Auslandsabsatzes. Vielleicht, daß die politischen Entscheidungen der kommenden Wochen den verhängnisvollen Deflationsdruck etwas mildern. Viel hängt vor allem von der Finanzgebarung der öffentlichen Körperschaften ab. Die Steuereinnahmen nehmen unter dem Einfluß der gekennzeichneten Wirtschaftsentwicklung unentwegt ab, und der finanzielle Erfolg von Steuererhöhungen wird um so fraglicher, je stärker das Wirtschaftsvolumen schrumpft. Auf der andern Seite steigt der Widerstand gegen weitere Ausgabeneinschränkungen. Durch Inanspruchnahme von Sparkapital ist der Ausgleich der Defizite nicht mehr möglich.“

Eine traurige Bilanz der deutschen Wirtschaftslage. Im Zeichen solcher schlechten Aussichten tritt das deutsche Volk nunmehr in die schärfste politische Auseinandersetzung ein, die seit Bestehen der Republik geführt werden mußte. Der letzte Rest gesunder Wirtschaftsfaktoren wird unter dem Stiefel einer haßerfüllten Reaktion zertrampelt. Die Aussichten sind trostlos. Immerhin sollen jene nun zeigen, wie sie bei vollständiger Machtübernahme mit den vorhandenen Schwierigkeiten fertig zu werden vermögen. Inzwischen müssen die Gewerkschaften um die Erhaltung und den Ausbau ihrer Organisationen bemüht sein, denn — einmal kommt doch eine andere Zeit.

Die Arbeiter im Dritten Reich

Das Ergebnis der ersten Wohlgegangens zur Reichspräsidentenwahl hat gezeigt, daß die Arbeiterschaft durchaus nicht mit fliegenden Fahnen ins Dritte Reich eiziehen möchte. Dieses nebelhafte Dritte Reich, das Fantasiegebilde der Nationalsozialisten, soll das Paradies auf Erden werden. Dort sollen keine Klassengegensätze mehr bestehen, Arbeiterschaft und Unternehmertum sollen in schönster Harmonie zusammenleben. Diese Prophezeiungen haben einen bitteren Beigeschmack. Man fragt sich, warum die Vertreter des Unternehmertums, wie Thyssen, Schacht, Borsig usw., erst im Dritten Reich ihr soziales Herz entdecken wollen. Sie haben doch heute bereits Gelegenheit dazu. Allein die Tatsache, daß das Unternehmertum so für die Nationalsozialisten propagiert, ist Grund genug für die Arbeiterschaft, der nationalsozialistischen Bewegung skeptisch gegenüberzustehen.

Ein Programm für ihr Drittes Reich besitzen die Nazis nicht. Ihr Parteiprogramm vom Jahre 1930 wird von ihrem Führer so ausgelegt, daß es vom sozialen Beiwerk entkleidet wird. Warum die Nazi kein positives Programm aufstellen, geht aus folgendem Briefauszug hervor, der am 18. Februar 1930 von der Dresdener Nazi-Organisation an den Fabrikdirektor Fritsche, Weimar, gesandt wurde. Dort heißt es:

„Wir müssen die Sprache der verbitterten sozialistischen Arbeiter sprechen, um selbige an uns zu ziehen, sonst würden sie sich nicht bei uns zu Hause fühlen. Mit einem direkten Programm marschieren wir nicht auf — aus diplomatischen Gründen — das behalten wir uns vor.“

Wir brauchen auch gar kein Programm der Nazi. Allein die Reden ihrer prominenten Führer geben genug Auskunft über die goldene Zukunft, die die

Kameraden aufgewacht! Die soziale Reaktion, die in der neuen Reichsregierung ihre Verkörperung findet, will einen Anschlag auf die sozialen Rechte der Arbeiter ausführen. Kämpft mit den Gewerkschaften gegen die Pläne der Schlotbarone und der Krautjunker!

Arbeiterschaft im Dritten Reich zu erwarten hat.

So sagt Hitler einmal zu Otto Strasser: „Wir haben ja ein Vorbild, das wir ohne weiteres annehmen können, den Faschismus.“ Wer einmal die Berichte von den Leiden unserer italienischen Genossen gelesen oder gehört hat, dem wird dieses Bekenntnis Hitlers das Gelöbnis von den Lippen abringen, daß es soweit in Deutschland nicht kommen darf. Und was sehen wir in Italien? Zerschlagene freie Gewerkschaften und Arbeiterparteien, zerstörte Genossenschaften und Volkshäuser, Verbot der sozialistischen Zeitungen, Aufhebung der politischen Meinungsfreiheit, politischer Meuchelmord an Funktionären der Arbeiterschaft. Die ungeheuren persönlichen Opfer der Arbeiter nicht gerechnet. Nach den statistischen Berechnungen ist der Lohn heute in Italien der niedrigste in Europa; und diese Zustände wollen uns die Helden des Dritten Reiches beschreiben. Daß dieses das wahre Gesicht der Nazi ist, soll durch Worte nationalsozialistischer Funktionäre bewiesen werden.

Der Verfassungsentwurf des Hitlerputsches vom 9. November 1923 sah vor: restlose Beseitigung der Demokratie, Auflösung aller Parlamente, Unterdrückung der Pressefreiheit, Auflösung aller Gewerkschaften, Todesstrafe für Streik, Beseitigung der politischen Meinungsfreiheit. Auf diesem Wege gelang es ihm damals nicht, zur Macht zu kommen. Man muß sich heute arbeiterfreundlicher gebärden, deshalb heißt es auch in dem oben zitierten Brief: „Lassen Sie sich doch nicht immer von dem Text unserer öffentlichen Plakate beirren! Der Zweck heiligt die Mittel.“ Und in einer Arbeitgeberversammlung sollte der bekannte Dr. Schäfer als Aufgabe der Nazi-Partei bezeichnen: „Die Irretierung der marxistischen Arbeiter und Zerschlagung der Gewerkschaften.“ In Düsseldorf hat Hitler auf einer industriellen Tagung erklärt, daß er den schärfsten Kampf den Gewerkschaften erkläre. Und in Dresden erklärte sein Adjutant, Dr. Wagener, daß die Nazi-Partei gegen Tarife, Gewerkschaften und Sozialpolitik sei. Aber für ein völlig selbständiges Unternehmertum und für Beseitigung der Betriebsdemokratie. Aber damit noch nicht genug. Daß diese Herrschaften die Arbeiter nur als Kuli betrachten, geht aus der Rede Gregor Strassers auf einer Tagung nationalsozialistischer Aerzte in Leipzig hervor. Er sagte dort:

„Wenn die Nationalsozialisten an die Macht kommen, müssen die Marxisten aufgehängt werden. Die Frau muß aus dem Produktionsprozeß verschwinden. Das Volk braucht kein Weißbrot und keine Wurst mehr fressen, es mag sich mit Erbsuppe begnügen. Die Vergünstigungen, die die Arbeiter aus den Sozialversicherungen haben, müssen eingeschränkt werden. Die Hauptaufgabe der Nationalsozialisten ist die Vernichtung der Gewerkschaften.“

Hitler selbst sagte einmal zu Otto Strasser:

„Die Arbeiter haben nichts als Brot und Spiel im Kopf. Sie müssen deshalb von einer Herrschaft besserer Rasse rücksichtslos beherrscht werden.“ Die Herrschaft hat es diesem schwarzhäutigen Arier überhaupt angetan. Er sagt da: „Sozialistische Ideen bedeuten Aufrichten einer deutschen Herrenmoral.“ Der Arbeiter soll also Knecht und Kuli bleiben, soll sich ducken und zu Kreuze kriechen; dafür bedanken wir uns.

Und wie es mit den Löhnen im Dritten Reich aussehen soll, sagte der schon genannte Dr. Wagener auf der industriellen Tagung in Dresden:

„Der Nationalsozialismus vertritt das Prinzip des Leistungslohnes. Wirtschaftskammern haben lediglich das Existenzminimum unter Anpassung an die Ver-

hältnisse des Standortes festzusetzen. Es soll möglichst niedrig sein, um für den Leistungslohn eine möglichst große Spannung zu haben.“

Da haben wir die nackteste Tatsache, daß die Nazis nur auf Lohndruck hinarbeiten. Wie man sich überhaupt bemüht, den Unternehmern und Geldgebern gefällig zu sein. Das hat wohl Gottfried Feder am besten im Reichstag gesagt. Er erklärte: „Sie haben gar keinen Grund, uns sozialistische Tendenzen zu unterchieben.“

Die Nazibetriebszellen-Organisationen, also das Gegengewicht der freien Gewerkschaften, bilden die Garde des Unternehmertums. So gibt die Weserzeitung eine Unterredung mit dem Ortsgruppenbetriebswart der NSBO, wieder. Dieser erklärte: „Die NSBO ist jederzeit in der Lage, bei einem von marxistischer Seite entfachten politischen Streik ohne die technische Nothilfe allein mit Hilfe ihrer allen Berufsgruppen angehörenden Mitglieder alle lebenswichtigen Betriebe Bremens aufrecht zu erhalten.“ Also Streikbrechergarden will man großziehen. Bei solcher Sorgfalt um die Unternehmer wird keine Unternehmerbrieftasche verschlossen bleiben.

Diese programmatischen Äußerungen ließen sich noch um ein Vielfaches vermehren. Sie genügen aber vollauf, um dem Arbeiter zu zeigen, wohin der Weg geht, wenn wir ins Dritte Reich kommen. Dr. Schäfer, der bekannte ehemalige Nationalsozialist erklärt: Mir graut vor dem Schicksal des Arbeitnehmers im Dritten Reich. Der Arbeitnehmer soll, um es kurz auszudrücken, in eine Objektstellung herabgedrückt werden, die der vorgesehenen Leibeigenschaft für die in Ostelbien neu Angesiedelten gleichkommt.“

Also, Leibeigenschaft, Sklaverei erwartet uns im Dritten Reich. Eine gottgewollte Herrschaft dürfen wir erhalten. Da lohnt es sich dann doch, sich für die demokratischen Freiheiten im demokratischen Staat in die Schanze zu schlagen und die Rechte der Arbeiterschaft zu verteidigen. Die Losung heißt jetzt: Auf die Barrikaden! Und unser Kampfruf soll sein, jenes Wort der friesischen Fischer, die ihre Freiheit gegen die Ritter verteidigten:

„Lieber tod als Sklav!“

H. Grafe.

Schweizer Schlichtungsstellen gegen Lohnabbau

In der „Bau- und Holzarbeiter-Zeitung“, dem Organ des Schweizer Bauarbeiter- und Holzarbeiterverbandes, lesen wir die nachfolgenden Zeilen:

Die Lohnabbauer haben im Kanton Baselstadt Pech. Erst wandte sich der Große Rat mit entschiedener Mehrheit gegen die Reduktion der Gehälter des Bundespersonals und sicherte damit auch die Löhne der kantonalen Bediensteten. Und nun wird bekannt, daß das staatliche Einigungsamt am 2. Mai in einem Konflikt zwischen dem Metall- und Uhrenarbeiterverband und der G. Meidinger & Co. einen von ähnlichen Gedanken ausgehenden Entscheid gefällt hat. Daraus entnehmen wir:

Das Einigungsamt ist nicht mehr in der Lage, einen konkreten Vorschlag zu machen, sondern muß sich damit begnügen, einer grundsätzlichen Auffassung Ausdruck zu geben, aus der heraus es den Lohnabbau bedauert.

Es hält einen allgemeinen Lohnabbau nicht nur sozialpolitisch, sondern auch volkswirtschaftlich für eine gefährliche Maßnahme, weil er, wie nicht nur die Theorie lehrt, sondern die Erfahrungen des Auslandes zeigen, durch Schwächung der Inlandskraft die Krise verschärft.

Er sollte deshalb nur dort in Frage kommen, wo ein Arbeitgeber für ein an-

sich lebensfähiges und lebenswertes Unternehmen keinen andern Ausweg mehr sieht. Das kann bei der Firma G. Meidinger & Co. nicht gesagt werden. Die Jahre 1929 und 1930 waren noch gute Gewinnjahre, und auch im Jahre 1931, das buhmäßig noch keinen Verlust aufweist, hat die spürbare Absatzsenkung erst im Herbst eingesetzt.

In dieser treffenden Begründung wird die Richtigkeit der gewerkschaftlichen Kaufkraft- und Lohntheorie bestätigt. Wer die Löhne senkt, handelt verbrecherisch am Wohl des Volkes, der Wirtschaft und nicht zuletzt am Staate. Die deutschen Unternehmer schreiten auf diesem Wege vorwärts; sie bringen sich selbst und das arbeitende Volk an den Rand des Ruins.

Autarkie-Bestrebungen verschärfen die Krise!

Der Welthandel in 48 Ländern, die sieben Achtel des gesamten Welthandels umfassen, war von 253 Milliarden Mark im Jahre 1929 auf 148 Milliarden Mark Ende 1931 zurückgegangen. Die Gesamteinfuhr dieser Länder hatte sich im gleichen Zeitraum von 132 auf 79 Milliarden Mark und der Gesamtexport von 121 auf 69 Milliarden Mark verringert. Dieser außerordentlich starke Schrumpfungsprozeß, der einem sehr weitgehenden Zusammenbruch der Weltwirtschaft gleichkommt, hat nach den neuesten Berichten im Jahre 1932 weitere Fortschritte gemacht. Als Maßstab kann zunächst die industrielle Weltproduktion gelten, die gegenüber 1928 = 100 bis Dezember 1931 auf 81 gesunken war und im März einen neuen Rekordtiefstand mit 74 erreicht hatte. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß diese Durchschnittszahl stark nach oben getrieben worden ist, weil die Steigerung der russischen Produktion sich sehr günstig auswirkte. Während also die industrielle Warenerzeugung im 1. Quartal 1932 um 7 % weiter zurückgegangen ist, haben die autarkischen Bestrebungen in der Weltwirtschaft dazu geführt, daß die Weltausfuhr an Industrieerzeugnissen im gleichen Zeitraum um 24 % zurückgegangen ist. Daraus kann man ermesen, wie stark der erneute Druck auf den Arbeitsmarkt werden wird, wenn die Abschließungsbestrebungen der einzelnen Wirtschaften in der Welt weitere Fortschritte machen. Die Hochschutzzollbewegung in Großbritannien und die in letzter Zeit gemeldeten erneuten Zollerhöhungen in Amerika werden zwangsläufig einen weiteren Rückgang der Außenhandelsbewegung nach sich ziehen und sind leider der Beweis dafür, daß trotz der sichtbaren katastrophalen Folgen des Autarkiestrebens die Abkehr von dieser vernichtenden Handelspolitik noch in weiter Ferne liegt.

Sie kämpfen um den Bodenpreis

Die Regierungskrise in Deutschland hat verschiedene Ursachen. Neben dem reaktionären Zug, der durch das deutsche Volk geht und der alle dunklen Kräfte zum entscheidenden Schlage mobilisiert, spielen eine Reihe Spezialfragen und Forderungen eine Rolle. Der energische Vorstoß der ostelbischen Großgrundbesitzer gegen die Regierung Brüning ging um das Siedlungsprogramm. Selten war eine so landwirtschaftsfreundliche Regierung am Ruder, als die verflissene. Mittels der Zollpolitik hat sie die Preise für landwirtschaftliche Produkte weit über den Stand des Weltmarktes getrieben. Daneben hat sie eine Subventionspolitik eingeleitet, die Milliarden gekostet hat. Wie ist nun der neueste Vorstoß der Großagrarien zu erklären? Wie überall, hat die Krise auch in Deutschland eine Entwertung des Bodens mit sich gebracht. Für landwirtschaftliche Grundstücke im Osten werden geringe Preise geboten. Die Stützung der landwirtschaftlichen Großbetriebe mit öffentlichen Mitteln war auf die Dauer nicht zu verantworten. Trotz aller Stützungsmaßnahmen wurden andauernd bankerotte Güter feilgeboten. Die Regierung Brüning hatte nun vor, die Siedlungspolitik etwas großzügiger

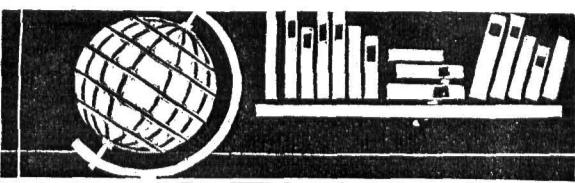
zu betreiben und die zusammengekrachten Großbetriebe des Ostens mit Bauernsöhnen und Landarbeitern zu besiedeln. Der Preis, der den Besitzern für Grund und Boden gezahlt werden sollte, sollte sich dem Marktpreis anpassen. Dagegen richtete sich der Sturm der Großgrundbesitzer. Es sollte nicht der auf dem Markt erzielte Preis, sondern der sogenannte Einheitswert zur Grundlage der Entschädigung gemacht werden. Die Junker wollten also aus der Siedlung ein Geschäft machen. Sie wollten aus den Mitteln der Allgemeinheit für ihre zusammengebrochenen Klitschen so viel herausziehen, daß sie davon gut leben können. Und weil die Regierung Brüning diesen Wünschen sich nicht so ohne weiteres geneigt zeigte, schlangelte man sich an den Reichspräsidenten heran. Dieser ist selbst Großgrundbesitzer und aus dem Milieu dieser Musterpatrioten hervorgegangen. Die Regierungskrise ist also zu einem Teil ein Kampf um die Bodenpreise des agrarischen Ostens. Das Siedlungswerk soll aufgegeben werden oder, wenn es fortgeführt wird, dann soll es nur so geschehen, daß die Großgrundbesitzer einen tüchtigen Batzen als Entschädigung erhalten. Daß dadurch eine Siedlungspolitik auf niedriger Basis unmöglich gemacht wird, versteht sich am Rande. Den Kreisen, die die Regierung stürzen, geht es ja auch nicht um die Siedlung, sondern um die Besitzerhaltung oder, wenn eine Veräußerung dennoch eingeleitet werden soll, um eine anständige Entschädigung. So löst sich letzten Endes alles, was in den hohen Regionen der Politik geschieht, in ein nüchternes Rechenexempel auf. Es ist der Kampf um den Staat, um mit Hilfe der Staatsgewalt die Mittel der Allgemeinheit in die Taschen bestimmter Schichten lenken zu können. Alles andere ist Phrase und Bnebelung der Gehirne.

Was bleibt schließlich von der Kaufkraft noch übrig?

Der Lebensstandard des arbeitenden Menschen in Deutschland ist gegenwärtig so niedrig wie selten zuvor. Seit seinem konjunkturellen Höhepunkt im 3. Vierteljahr 1929 ist das Arbeitseinkommen in Deutschland um 36 % gesunken. Im 1. Vierteljahr 1932 betrug das Arbeitseinkommen 6,6 Milliarden Mark. Es ist um 2 Milliarden Mark geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Allein vom 4. Vierteljahr 1931 bis zum 1. Vierteljahr 1932 ist eine Verminderung um 10 bis 12 % eingetreten. Das ist eine Folge der Dezembernotverordnung. Das Institut für Konjunkturforschung beginnt seine Untersuchungen über das Einkommen der Bevölkerung mit folgenden Worten: „Die anhaltende Schrumpfung der gesamten Wirtschaftstätigkeit zusammen mit dem Rückgang der Preise, Löhne und Gehälter muß zu einer immer stärkeren Schmälerung aller Einkommen in der Wirtschaft führen.“ Wenn man die Schrumpfung der Wirtschaft und den Rückgang der Löhne und Gehälter als etwas Naturgegebenes ansieht, dann wäre man dagegen machtlos. Da wir aber davon überzeugt sind, daß die Kulturmenschheit sich selbst ein solch schweres Los auferlegt beziehungsweise nichts tut, um es zu mildern, muß schleunigst für Abhilfe gesorgt werden. Lohn- und Gehaltssenkungen haben sich als krisenverschärfend erwiesen. Wenn der Verfall der Kaufkraft so weitergeht, dann vermag niemand zu sagen, wie das einmal enden wird. Am Ende werden wahrscheinlich Verzweiflung, Irreleitung der Massen und Schwächung der Arbeiterbewegung stehen. Wer dies wünscht, mag die Entwicklung begrüßen. Wir aber müssen gegen die Tyrannei einer schrankenlos wirkenden Wirtschaftskrise energisch angehen. Ohne die Auswirkungen des Kaufkraftrückganges der arbeitenden Bevölkerung zu übersehen, pocht der Kapitalismus auf immer noch mehr Lohnabbau. Das Einkommen der noch in Arbeit Stehenden wird auf einen Stand, der lange vor dem Krieg vorhanden war, zurückgeschraubt, und für die Millionen Erwerbslosen werden ebenfalls die Unterstützungen immer mehr abgebaut. Was bleibt da zur Befriedigung der Bedürfnisse noch übrig?

Kampf dem Wohlfahrtsstaat! Dieser Kampf auf der Junkerregierung von Papen muß die Millionen der Werktätigen mobilisieren. Jedes Gewerkschaftsmitglied muß seine Umwelt über die Pläne der Reaktion aufklären. Kameraden, kämpft für ein freies, nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit regiertes Deutschland!

UNTERHALTUNG WISSEN



Was steckt dahinter?

Wann erwacht im Menschen der Forscherdrang? Wann beginnt er, mit dem äußerlichen Beobachten nicht mehr zufrieden zu sein? Wissen zu wollen, was eigentlich hinter all den äußeren Formen vorhanden?

Man hat auch in der Beziehung am Kinde recht interessante Beobachtungen gemacht, über die wir in der Zeitschrift für pädagogische Psychologie lesen. Jede Mutter kann dieses Experiment auch anstellen.

Ein Schirm wurde nämlich an das Kinderbettchen gestellt, ein einfacher weißer Bettschirm. Es kann uns nicht wundern, daß der Säugling ihn in den ersten Lebenswochen nicht beachtet hat. Bis zur fünften Lebenswoche wurde der Schirm gar nicht bemerkt. Aber nach 1½ Monaten wurde der Schirm dann beachtet und gar stark mit den Augen geprüft. Er wurde beobachtet von oben bis unten und nach den Seiten hin. Ein eigenartiges Ding? Ein Ding aus dem Leben, in das der kleine Mensch nun hineinwachsen sollte. Und das Ding wurde eifrig beobachtet. Bis das kleine Kind das Ding dann zur Genüge gekannt hat.

Und dann kam das andere. Mit dem sechsten Monat trat es ein. Bis dahin hatte sich das Kind mit dem äußerlichen Studium seiner Umwelt allein beschäftigt. Aber dann begann das Kind in die Zusammenhänge des Lebens hineinzublicken. Den Schirm kannte es nun. Doch was war dahinter? Und das Kind versuchte, hinter den Schirm zu blicken. Es sah den Schirm als „Störungsfaktor“ an. Es wollte ihn weg haben, um zu wissen, was sich hinter dem Schirm befand.

So wächst der Mensch allmählich hinein in sein Forscherwesen, in seine Denker- und Erkennernatur. Und so wächst er auch später hinein in das Wesen, das mit der äußeren Betrachtung des großen Lebens nicht zufrieden ist. Auch da will er hinter das Leben sehen. Da will der Mensch auch das erkennen, was sich hinter dem äußeren Geschehen vollzieht. Er will die tieferen Zusammenhänge erkennen, die ökonomischen Gesetze, die das Leben leiten. Und wer dabei abseits steht und gleichgültig ist gegenüber diesem großen sozialen Erkennen, der ist unreif und geistig ein Kind.

Schuljugend in Not

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt legte auf Beschluß des Landtags vom 5. Februar 1931 dem Landtag am 2. März 1932 eine „Denkschrift über den Gesundheitszustand der Kinder in den preußischen Volksschulen“ vor. Zugrunde liegt der Denkschrift das amtliche statistische Material von 1930; das von 1929 ist zu Vergleichszwecken herangezogen worden. Genaue Zahlen für 1931 sind erst um die Mitte dieses Jahres zu erwarten. Um aber dem Landtag ein allgemeines Urteil über den gegenwärtigen Gesundheitszustand der preußischen Volksschulkinder zu ermöglichen, sind auch die Ergebnisse von Berichten in der Denkschrift verarbeitet worden, die für die Zwecke der Denkschrift Anfang 1932 von den Regierungspräsidenten eingefordert worden sind.

Ernährung: Von den im Jahre 1929 durch die Schulärzte untersuchten 996 433 Schulkindern hatten 38,1 % einen sehr guten, 49,5 % einen befriedigenden, 12,4 % einen schlechten Ernährungsstand. Bis zum nächsten Jahre war eine Verschlechterung des Zustandes nicht eingetreten. 1930 erwiesen sich 38,93 % als sehr gut, 48,85 % als befriedigend, 12,29 % als schlecht ernährt. Aus den Berichten der Regierungspräsidenten ergibt sich nun aber, daß vom Herbst 1931 ab „eine erhebliche Verschlechterung des Ernährungsstandes“ zu beobachten ist. Von den 520 Kreisen ist das bei 121 schon jetzt festzu-

stellen. In vier Regierungsbezirken (Breslau, Schleswig, Stade und Düsseldorf) werden alle Stadt- und Landkreise, in zwölf Regierungsbezirken nur einzelne Kreise davon betroffen. Die Verelendung betrifft nicht nur die Kinder der Industriearbeiterschaft, sie dringt mehr und mehr auch in die Kreise der ländlichen Bevölkerung ein. „Kreisärzte des Regierungsbezirks Köslin betonen, daß ein Unterschied im Ernährungszustande der Kinder der ländlichen Bevölkerung im Vergleich zu dem der Kinder der industriellen Bezirke nicht mehr bestehe, da die ländlichen Haushaltungen die wertvollen Nahrungsmittel, wie Fleisch, Eier, Butter und Milch zu verkaufen gezwungen sind, um die Betriebskosten aufzubringen. Sie selbst begnügen sich mit Margarine, Kartoffeln, Magermilch.“ In Königsberg-Land sind gerade die Kinder aus den Siedlerfamilien, aber auch aus gewissen Kreisen der landwirtschaftlichen Arbeiter in auffallend großer Zahl unterernährt. Bei den Kindern dauernd erwerbsloser Eltern des Kreises Randow ist infolge der schlechten Lebenslage eine Abnahme des Zentimetergewichtes festzustellen. In einer Marienwerder Stadtschule kamen von 800 Kindern 56 ohne Frühstück in die Schule; zum größten Teil ist „die zunehmende Armut der Grund, weswegen ein großer Teil der Kinder dieser Schule bis mittags nüchtern blieb“.

Allgemeiner Gesundheitszustand: Die Denkschrift weist weiterhin nach, daß die akuten übertragbaren Krankheiten: Diphtherie, spinale Kinderlähmung, Genickstarre, Scharlach und Körnerkrankheit die Schulkinder 1931 in geringerem Umfange befallen haben als 1930. 1931 waren auch dieser Krankheit wegen erheblich weniger Schulschließungen notwendig als im Jahre 1930. An Hand umfassenden Zahlenmaterials über die konstitutionellen und chronischen Erkrankungen: Blutarmut, englische Krankheit, Skrofulose, Herz-, Augen-, Ohren-, Zahnkrankheiten usw. erbringt die Denkschrift zwar den Beweis, daß „die durchschnittliche Krankheitsziffer der Schulkinder, das heißt das Verhältnis der Gesamtzahl der gefundenen Krankheitszustände zu der Gesamtzahl der auf die einzelnen Krankheiten hin untersuchten Schulkinder“ für das Jahr 1929 3,43 %, für 1930 nur 3,03 % beträgt, daß somit keine Verschlechterung, sondern sogar eine geringe Besserung des allgemeinen Gesundheitszustandes der Schulkinder für 1930 festzustellen ist. Aus den neuesten Berichten der Regierungspräsidenten geht aber hervor, daß eine der Verschlechterung des Ernährungszustandes genau entsprechende Verschlechterung des allgemeinen Gesundheitszustandes für die letzte Zeit festzustellen ist: Unterernährung, Entwicklungskrankheiten, Blutarmut, Skrofulose, Verlauesung, Verarmung, Schmutzkrankheiten, Gebißschäden und Nervosität haben zugenommen. Sie wirken sich „in schneller Ermüdung, mangelnder Aufmerksamkeit und im Nachlassen der Schulleistungen“ aus. Die Verschlechterung des Gesundheitszustandes wird festgestellt in allen Kreisen der Regierungsbezirke Breslau, Schleswig, Stade und Düsseldorf und von zwölf Regierungsbezirken in 36 Kreisen: von 520 Kreisen insgesamt bei 122, das sind 22,5 %.

Tuberkulose: Ein vermehrtes Auftreten von Tuberkulose bei den Schulkindern ist für 1930 gegenüber 1929 nicht festzustellen; dagegen ergeben die neuesten Berichte der Regierungspräsidenten für Berlin und fünf Kreise der Bezirke Magdeburg, Wiesbaden und Düsseldorf eine Zunahme der Tuberkulose bei den Schulkindern.

Bekleidung, Sauberkeit: Die Berichte von 15 Regierungsbezirken stellen fest, daß „die Bekleidung und Wäsche der Schulkinder schon recht mangelhaft geworden“ ist. Häufig konnten wegen Mangels an Schuhwerk Kinder aus den Be-

zirken Kassel, Oppeln, Liegnitz und Gumbinnen die Schule nicht besuchen. „Groß ist der Mangel an Betten und Bettwäsche, 40 % der Volksschüler besitzen kein eigenes Bett, sondern müssen mit Geschwistern zu zweit oder dritt zusammen schlafen.“ Die Sauberkeit des Körpers und der Wäsche bei den Kindern der Regierungsbezirke Gumbinnen, Breslau, Stade, Aurich, Wiesbaden und Düsseldorf läßt nach. (Schluß folgt.)

Krankenpflege zu Hause

Von Dr. C. Kayser.

Die Not der Zeit zwingt heute manchen, auch bei ernsterer Erkrankung statt ins Krankenhaus zu gehen, sich häuslicher Pflege anzuvertrauen. Das gleiche gilt für plötzlich auftretende Krankheits- oder Unfälle. Darum ist es gut und nützlich, wenn die Hausfrau oder ihre Stellvertreterin ein wenig mit der häuslichen Krankenpflege Bescheid weiß.

Da ist zunächst das Krankenzimmer. Es sei möglichst geräumig und luftig und gewähre vor allem auch der Sonne Zutritt. Neben Luft und Licht braucht jeder ernstlich Kranke vor allem Ruhe. Weder darf, auch bei geöffnetem Fenster, der Straßenlärm allzusehr hereindringen, noch sollen lärmende Kinder oder gutgemeinte, aber den Kranken anstrengende Besuche mehr als nötig das Krankenzimmer betreten.

Das Krankenbett stelle man im Zimmer möglichst so auf, daß es von drei Seiten zugänglich ist. Neben dem Bett stehe ein Nachttisch, den der Kranke bequem erreichen kann. Hier soll eine elektrische Nachttischlampe oder ein gegen Umstürzen geschütztes Nachtlicht, eine Klingel, ein Trinkglas oder eine Schnabellasse und eine kleine, eventuell mit desinfizierender Flüssigkeit gefüllte Speischale oder -flasche Platz finden.

In die Mitte des Zimmers gehört ein Tisch, der zur Aufstellung der Arzneiflaschen, des Fieberthermometers und der Fiebertabelle dienen soll. Jeder fiebernde Kranke muß zweimal täglich, am besten morgens und in den späten Nachmittagsstunden, gemessen und die abgelesene Temperatur in die Fiebertabelle oder einen ihre Stelle vertretenden Zettel eingetragen werden. Das erleichtert dem Arzt bei seinem Besuch die Beurteilung des Krankheitsbildes ganz besonders.

Für Schwerkranke ist ferner noch eine Bettschüssel erforderlich, die ihnen die Stuhl- und Harnentleerung im Bett ermöglichen soll. Selbstverständlich müssen die Abscheidungen alsbald aus dem Krankenzimmer entfernt und im Bedarfsfalle im Klosett für die Besichtigung und eventuelle Untersuchung durch den Arzt aufgehoben werden. Nach der Stuhlentleerung ist der Kranke vorsichtig zu reinigen und das Zimmer, ebenso wie jeden Morgen und Abend, für einige Minuten zu lüften. Ueberhaupt muß mit besonderer Sorgfalt auf gute Luft und genügende Wärme des Krankenzimmers Bedacht genommen werden.

Für die Pflegerin wie für den Arzt stelle man eine am besten mit warmem Wasser gefüllte Waschschißel nebst Seife, Handbürste und einem sauberen Handtuch auf einem besonderen Stuhl bereit. Niemals soll jemand das Krankenzimmer verlassen, ohne sich vorher nach stattgehabter Berührung mit dem Kranken sorgfältig die Hände gewaschen zu haben.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für den Kranken ist die richtige Lagerung im Bett. Der Kranke darf nicht in Kissen ersticken, er muß aber unter allen Umständen warm genug sein. Dafür sorgt unter Umständen eine gut schließende Wärmflasche oder ein elektrisches Heizkissen. Das Bettlaken soll glatt und möglichst unverschieblich aufliegen; etwaige Falten, die oft Kranke mit empfindlicher Haut sehr stören können, müssen tunlichst vermieden wer-

den. Bei Kranken mit Herz- oder Atemstörungen ist nicht selten zum Beispiel eine Hochlagerung des Oberkörpers oder Kopfes erforderlich. Dabei hilft man sich am besten durch Hereinstellen einer Fußbank oder eines umgekehrten Stuhles, die mit Kissen ausgepolstert werden. Vielfach verschafft auch eine Genickrolle oder eine Kniestütze, die man aus zusammengerollten Kissen herstellt, dem Kranken wohlthuende Erleichterung.

Bezüglich der Krankenkost sind natürlich strengstens in jedem Einzelfall die besonderen Anordnungen des Arztes zu beachten. Die Pflegerin wird indessen zur Hebung des Appetits, zumal in der Zeit der Genesung, sehr viel tun können, wenn sie es versteht, dem Kranken im Rahmen der erlaubten Kost möglichst viel Abwechslung zu verschaffen und die Speisen nett herzurichten. Bei allen Kranken, ganz besonders aber bei ansteckender Krankheit, muß das Eß- und Trinkgeschirr, das der Kranke benutzt, irgendwie, etwa durch ein Stückchen Heftpflaster, gekennzeichnet, vom übrigen Hausrat getrennt und mit besonderer Sorgfalt gereinigt werden.

Eine verständnisvolle und hingebende häusliche Krankenpflege vermag den Arzt wirksam zu unterstützen und die Leiden des Kranken wesentlich zu erleichtern.

Die Unbekannten

Es ist öfter vorgekommen, nicht nur kürzlich, daß man Nachahmungen von Werken großer Meister als echt ansah. Daß man darüber strift, ob die Werke von dem einen oder dem andern stammten, dem Meister oder dem Fälscher. Ja, ist es denn so leicht, Meisterwerke zu schaffen? Gibt es vielleicht außer den Genies von Namen noch andere?

Und wie oft wurden große Talente zufällig entdeckt! Irgendwo. Im Tingeltangel ein begnadeter Sänger, ein Künstler an der Landstraße als Geige spielender Bettler. Ganz durch Zufall. Es muß doch wohl außer den großen Namen noch so manche geben, die im verborgenen sind.

Lange Zeit hielt man drei der bedeutendsten Kritiken über Literatur und Kunst als Goethes ureigenes Werk. Ein Jahrhundert lang bewunderte man diese „Goethesche“ Meisterarbeit, und man bezeichnete sie als charakteristisches Werk dieses Genies. Bis man heute entdeckt, daß der Kriegsrat J. H. Merck der Verfasser dieser Arbeit gewesen ist.

Gibt es nicht vielleicht noch andere Goethe, wenn auch nur im einzelnen Schaffen? Wo ist die Grenze? Wieviel Talente sind unentdeckt? Wer kann Grenzen ziehen im Geistigen? Eine Linie legen zwischen Genie und Masse?

Wie flüssig sind doch die Grenzen! Und wieviel Talent ist wohl da? Wieviel Begabung im Volke der Unbekannten?

Geistiges Werk ist heute zum großen Teile ein Kind des Zufalls. Wer weiß, wie es sein würde heute, wenn so mancher Begabte des Volkes in all den Jahrhunderten nicht geistig verkümmert wäre?

Unwürdiges Spiel des Zufalls mit dem Menschengestalt! Weil immer, und immer nur anderes bestimmend gewesen.

Und das soll bleiben? Bestimmend soll bleiben Besitz? Wirtschaftsmacht soll immer auch Recht sein? Und geistiges Werden Gnade?

Sozialer Kampf ist mehr als Kampf um das Brot. Er ist Kampf um die Freiheit im eigenen Werden. Er ist Kampf um den Geist.

All die Bande weg, die heute noch drücken und drängen! All die Köpfe frei! Jeder an seinem Platze! Und alles für alle! —

Wer kann auch nur im Bescheidensten ahnen das geistige Gesicht der neuen Menschheit, ihr Können, ihr Glück?

Dr. Gustav Hoffmann.

Verbandsnachrichten

Bekanntmachungen

Zentralvorstand

Ausschluß von Mitgliedern

Wegen Vergehens gegen den § 7 Abs. 3 der Satzungen wurde in Duisburg Fritz Abel (Verb.-Nr. 58 269) aus dem Verbands ausgeschlossen.

Der Zentralvorstand.

Zahlstellenberichte

Duisburg. In unserer Zahlstellenversammlung am 30. April erstattete Kamerad Schröder den Situationsbericht. Ausführlich schilderte er zunächst die Verhältnisse im Gau und in der Zahlstelle. Bei einem Vergleich über Arbeitsverhältnisse im vorigen Jahr und in diesem wurde festgestellt, daß die Gesamtlage sich für uns noch sehr verschlechtert hat. — Es sind über 90 % unserer Kameraden ohne Beschäftigung. Der Modellierkurs mußte wieder eingestellt werden, da die Zahl der Beteiligten zu gering war. Da in letzter Zeit die Arbeitsämter Kurse für die Jugendlichen zur weiteren Ausbildung vornehmen, wird von uns versucht, für unsere Jungkameraden eine gemeinsame Beteiligung an denselben mit den übrigen Bauarbeitern herbeizuführen. Die Eingänge der Verwaltungsverträge unserer arbeitslosen Kameraden wurden als befriedigend bezeichnet. Es wurden 10,2 % Marken pro Mitglied im vergangenen Quartal umgesetzt. Jede Verschlechterung der Einnahme ist in Zukunft zu vermeiden, da an der Verwaltung der Zahlstelle nichts mehr gespart werden kann. Eine Statistik der letzten Zeit ergibt, daß 12 % aller Arbeitslosen keinerlei Unterstützung beziehen. Betreffend Rechtsschutz wurden einige Fälle des letzten Quartals zugunsten unserer Kameraden zum Abschluß gebracht. Die Diskussion war ziemlich rege. Anerkannt wurde von den Kameraden, daß unser Verband in Rechtsschutzangelegenheiten sein Möglichstes tue, doch sei die Einstellung des örtlichen Vertreters des Arbeitersekretariats unter jeder Kritik. Den Kassenbericht erstattete Kamerad Groß. Aus der Abrechnung ist zu ersehen, daß auch das 1. Quartal mit einem Defizit von 406,27 M abschließt. Kamerad Groß appelliert an die Bezirkskassierer, Eingänge, und wenn sie noch so gering sind, sofort ans Zahlstellenbüro weiterzuleiten, da er manchmal nicht wüßte, wie er seinen Verpflichtungen als Zahlstellenkassierer nachkommen solle. Die Kasse ist in bester Ordnung, und Kamerad Groß beantragte im Namen der Revisoren, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, was auch einstimmig geschah. Ueber den Stand der Lohnverhandlungen berichtete Kamerad Schröder. Eine Einigung wurde in den bezirklichen Verhandlungen nicht erzielt. Die Unternehmer fordern einen Lohnabbau von 24 %. Außerdem Neueinteilung der Ortsgebiete. Unsere Forderungen sind: Weiterzahlung des jetzigen Stundenlohnes, Einführung der 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich und Geltungsdauer bis 31. März 1933. Die Aussprache über diesen Punkt war sehr lebhaft, doch erklärte sich die Mehrzahl der Diskussionsredner mit den Maßnahmen des Verbandes einverstanden. Einem Antrag Friedrichsfeld, sämtliche Zahlstellenversammlungen um 6 Uhr anfangen und in Oberhausen stattfinden zu lassen, wurde zugestimmt mit der Bedingung, daß bei außergewöhnlichen Umständen Ausnahmen gemacht werden können. Die Neubenennung des Gesellschafters für das Volkshaus Hamborn wurde zur Erledigung dem Zahlstellenvorstand überwiesen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband wurde die Versammlung geschlossen.

Tübingen. In der Versammlung am 22. Mai referierte Kamerad Melzer, Hamburg, über das Thema: Unser Zentralverband in der Krise. Der Redner gab einleitend eine Uebersicht über den Stand der wirtschaftlichen Situation und

schilderte die Auswirkungen der Wirtschaftskrise. In ausführlicher Weise legte der Redner die Maßnahmen des Verbandes und seine finanziellen Leistungen dar. Besonders die Arbeitslosenunterstützung habe den Verbandskameraden große Vorteile gebracht. In den weiteren Ausführungen behandelte der Redner die sozialen und lohnpolitischen Kämpfe, die die Arbeiterklasse gegenwärtig zu führen habe. Der Standpunkt der Unternehmer komme besonders in der Lohnfrage zum Ausdruck. In ausführlicher Weise legte der Referent die Forderungen der Unternehmer in dieser Frage dar. Auch nach diesen außerordentlich schwierigen Zeiten müsse wieder ein Aufstieg kommen. In der Geschichte des Verbandes könne man öfter Zeiten des Niederganges feststellen. Wenn jedoch die Kameraden treu zum Verbands halten und an der Stärkung der Organisation arbeiten, werde es gelingen, diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Baugewerbliches

Gegen die Siedlungspolitik

Die Siedlungspolitik der Regierung Brüning war mit der hauptsächlichste Anlaß zum Regierungswechsel. Darüber weiß der den christlichen Gewerkschaften nahestehende „Politisch-Gewerkschaftliche Zeitungsdiens“ Interessantes zu erzählen: „Vor ungefähr vier Wochen waren hervorragende Vertreter des Zechenverbandes in Berlin und haben beim Reichsarbeitsminister die sofortige Umsiedlung von 100 000 Bergarbeitern nach Ostdeutschland gefordert. Der Reichsarbeitsminister hat diesen Herren erklären müssen, daß sie ihrerseits doch bei ihren Freunden in der Großlandwirtschaft dafür werben sollen, daß der Widerstand gegen die Pläne der Regierung eingestellt wird. Die Folgerungen, die der Reichsarbeitsminister aus der wirtschaftlichen Entwicklung ziehen wollte (arbeitslose Bergarbeiter umzuschulen), hat der Reichslandbund aber nicht haben wollen. Er hat es verstanden, den Reichspräsidenten für seine Meinung zu gewinnen, so daß der Reichspräsident in seiner Besprechung mit dem Reichskanzler die Beseitigung Stegerwalds aus dem Reichskabinett forderte.“ — Die Ruhrunternehmer waren mit dem Reichsarbeitsminister einer Meinung. Nicht aber die Freunde der Schwerindustrie, die Großagrarier, denen Stegerwald gefährlich werden konnte. Deshalb mußte er beseitigt werden.

Soziale Wohnbautätigkeit

Eine der erfolgreichsten Wohnbaugesellschaften dürfte die Gemeinnützige Heimstätten-Spar- und Bau A.G. (Gehag), Berlin, sein. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1931 liegt jetzt vor. Zwar konnte die Gehag nicht wie in den verflossenen Jahren mit Rekordziffern aufwarten, aber trotz aller Schwierigkeiten sind im Jahre 1931 noch 913 Wohnungen fertiggestellt und 387 in Bau genommen. Im Vorjahre betragen die Ziffern 3046 beziehungsweise 1812. Man beachte die finanziellen Schwierigkeiten, die im vorigen Jahre zu überwinden waren. Viele Baugesellschaften sind dabei bankrott gegangen. Für 1931/32 beträgt das Bauprogramm der Gehag 731 Wohnungen. Die Wohnungsbau-Gesellschaft der freien Gewerkschaften widmet sich hauptsächlich dem Bau von Kleinwohnungen. Sie veranstaltete zur Förderung eine Kleinwohnungsbauausstellung, die von Tausenden von Personen besucht wurde und der Gehag viel Freunde brachte. Ein neues Aufgabenfeld hat die Gehag mit ihrer Beteiligung an der vorstädtischen Kleinsiedlung für Erwerbslose übernommen. Zwei Siedlungsvorhaben mit 342 Siedlerstellen werden durchgeführt. Die Gehag arbeitet in enger Verbindung mit der Arbeiterbank, die in diesem Jahre nicht nur als Zwischenkreditgeber, sondern auch als Bauherr für ein von der Gehag betreutes Bauvorhaben auftritt. Der Geschäftsbericht der Gehag schließt mit einem Gewinnüberschuß von 74 000 M ab. Eine Dividende in Höhe von 5 % kommt zur Ausschüttung. Liest man den Geschäfts-

bericht der Gehag durch, so strömt einem ein zuversichtlicher Optimismus trotz alledem und alledem entgegen. Wir möchten wünschen, es wäre in der Wirtschaft überall so. Da finden wir lauter Miesmacher.

Gewerkschaftliches

Fortführung der Jugendarbeit

Gewerkschaftliche Jugendarbeit ist heute selbstverständlich. In allen Organisationen werden Lehrlinge und jugendliche Arbeiter organisiert, in Jugendabteilungen zusammengefaßt und hier zu tüchtigen Berufskollegen, guten Gewerkschaftern und Sozialisten herangebildet. Die ersten Schwierigkeiten dieser Jugendarbeit sind überwunden. Es klappt in den Jugendabteilungen, wenn auch das in der Jugendarbeit übliche Auf und Ab in den Gruppen die Jugendarbeit mal besser und mal schlechter erscheinen läßt. Durch die Jugendarbeit in den Gewerkschaften finden die jungen Menschen, das kann die freie Gewerkschaftsbewegung mit Stolz buchen, Schutz vor Ausbeutung und schlechter Behandlung, Besserstellung ihrer Lehr- und Arbeitsbedingungen, zugleich aber auch Stätten geselligen Beisammenseins und der Ausbildung.

Was wird aber mit denen, die die Jugendabteilungen verlassen? Sind sie in der Bewegung weiterhin aktiv tätig? Reihen sie sich in die Front der erwachsenen Gewerkschafter ein? Werden sie die Streiter für die Sache, die sie sein sollen? Seien wir ehrlich: in fast allen Organisationen fehlen die 18- bis 25jährigen als Mitkämpfer, sie sind nicht Schrittmacher, sie sind Mitläufer, die zwar ihre Beitragspflicht gegenüber der Organisation erfüllen, die aber nicht mit der inneren Begeisterung für unsere Sache ausgerüstet sind der Bewegung zur Verfügung halten. Sie fehlen oft in den Versammlungen der Gewerkschaften, sie fehlen bei der Kleinarbeit. Sollte es nur Unlust sein, die die junge Generation abhält, gerade in den Gewerkschaften nicht mitzutun? Sollten es Mädels sein, der Tanzboden, die Arbeitslosigkeit oder die Unmöglichkeit, Funktionen in der Bewegung zu erhalten, da die jungen Menschen nicht im Betrieb sind, oder fehlt in unserer Bewegung nicht doch noch ein Brückenpfeiler in der Verbindung von jung und alt im Zusammenwirken? Sind wir nicht verpflichtet, noch an eine Fortführung der Jugendarbeit zu denken, um die durch die Arbeitslosigkeit von Betriebsfunktionen ausgeschalteten und durch die Krise menschlich bedrückten jüngeren Gewerkschafter inniger mit der Bewegung zu verbinden? Dies ist eine Sache, wert, besprochen zu werden. Wer wünscht hierzu das Wort?

Sozialpolitisches

Kampagne zugunsten der Verkürzung der Arbeitszeit

Nachdem noch in der Herbstsitzung 1931 des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes ein Vorschlag der Arbeitergruppe über die Abhaltung einer offiziellen Konferenz von Regierungs-, Unternehmer- und Arbeitervertretern zwecks Erzielung eines internationalen Uebereinkommens über die Verkürzung der Arbeitszeit auf Grundlage der 40-Stunden-Woche mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt wurde, nahm nun die diesjährige Internationale Arbeitskonferenz mit 48 gegen 37 Stimmen eine Entschliebung an, in der gesagt wird, daß man direkt gegen die Ursachen der Krise kämpfen müsse und die Arbeitslosigkeit zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr als Folge, sondern als Ursache ihrer Verschärfung betrachtet werden müsse. Der Beschluß verurteilt ferner jegliche Lohnherabsetzungspolitik und läßt den Verwaltungsrat ein, „die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche in allen industriellen Ländern zum Zwecke

der demnächstigen Annahme einer internationalen Regelung zu prüfen“. Gegen die Resolution, mit deren Unterbreitung die Arbeitergruppe die Fronten klar abgrenzen wollte im Kampfe gegen die Weltwirtschaftskrise auf Grund des einzig praktischen und sofort durchführbaren Mittels der Arbeitszeitverkürzung, stimmten geschlossen das ganze Unternehmertum sowie folgende wichtigsten Regierungen Europas: Großbritannien, die Niederlande und die Schweiz. Dafür stimmten die Regierungsvertreter folgender wichtiger europäischer Länder: Deutschland, Oesterreich, Dänemark, Spanien, Frankreich, Griechenland, Italien, Polen, Rumänien.

Wirtschaftspolitisches

Fünf Milliarden Mark Kapitalabfluß

Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 1931 hat sich ungünstig entwickelt. Der außerordentliche Kapitalabzug betrug im ganzen 4,8 Milliarden Mark. Finanziert wurde dieser Kapitalverlust durch die aktive Handelsbilanz, die 2,8 Milliarden Mark betrug, und durch den Gold- und Devisenabfluß der deutschen Reichsbank mit 1,7 Milliarden Mark. An Reparationen wurden im Jahre 1931 1 Milliarde Mark gezahlt. Der Passivsaldo der Zinsen stellte sich auf 1,3 Milliarden Mark. Die deutschen Dienstleistungen an das Ausland, die sonst einen nennenswerten Ueberschuß brachten, erzielten im Jahre 1931 nur einen Aktivsaldo von 150 Millionen Mark. Ein kapitalarmes Land wie Deutschland wird empfindlich getroffen, wenn der Kapitalabzug in einem Jahre 5 Milliarden Mark beträgt. Die deutsche Wirtschaftskrise ist dadurch nicht wenig verstärkt worden. Die Eingänge aus dem Warenhandel und den Dienstleistungen reichten nicht entfernt aus, um den Kapitalabzug auszugleichen. Gold und Devisen in einer solchen Höhe stehen jetzt kaum mehr zur Verfügung, so daß in diesem Jahr die Notenbank nicht mehr einspringen könnte. Die große Arbeitslosigkeit in Deutschland ist eine Folge dieses Kapitalabzuges und der Kapitalvernichtung überhaupt.

Nazi als Arbeitgeber

Vor dem Arbeitsgericht Darmstadt wurde dieser Tage in einem Prozeß festgestellt, daß ein kaufmännischer Angestellter im Verlag des von dem Nazi-Führer Gottfried Feder herausgegebenen Hetzblattes „Die Flamme“ für den Monat Dezember ein Gesamtgehalt von ganzen 20 M bezog. Der gleiche Angestellte rückte später zum Filialleiter auf. Hatte als solcher die Tätigkeit eines Buchhalters und Korrespondenten, Ein- und Verkäufers, auszuüben und bezog dabei vom Feder-Verlag ganze 60 M pro Monat. Damit nicht genug, die Verhandlung ergab ferner noch, daß der famose Nazi-Verlag weder Krankenkassenbeiträge noch Arbeitslosenversicherungsbeiträge abgeführt noch Angestelltenversicherungsmarken geklebt hatte, so daß der Angestellte nach Aufhören des Arbeitsverhältnisses bis heute noch keinen Pfennig Unterstützung bekommen hat. Jetzt wurde wenigstens dieser vorbildliche Nazi-Arbeitgeber zu einer Nachzahlung von 247 M an den Angestellten verurteilt.

Gebundene und freie Preise

In Deutschland geht die Preisentwicklung nach zwei Richtungen: Die eine wird bestimmt von der Konkurrenz des Weltmarktes, die andere liegt in der Gebundenheit durch Kartelle und Syndikate. Die Indexziffer gebundener Preise industrieller Rohstoffe und Halbwaren, die sich im Januar auf 84,4 stellte, betrug im Februar 84,2, im März 84,1 und im April 84,0. Wir sehen hier eine gewisse Stetigkeit der Preise. Dagegen fielen die Indexziffern der freien Preise weiter. Sie lauten für die gleiche Zeit 51,2, 50,5, 49,7 und 47,9. Die Preiszeiffer, die im Jahre 1926 auf der Basis von 100 stand, veränderte sich bis April 1932 bei deu-

freien Preisen um mehr als die Hälfte, nämlich um 52 %. Die gebundenen Preise gingen in den sechs Jahren um 16 % zurück. Das ist ein sehr wesentlicher Unterschied. Ein dreifach stärkerer Preisfall der freien Preise gegenüber den gebundenen kennzeichnet die Verschiedenheit der Preistendenzen. Noch eine Verschiedenheit ist beachtlich: Während die Rohstoffe bei Konsumgütern auf 70 stehen, beträgt die Höhe der Fertigwaren 120. Eine solche Spanne erscheint uns ebenfalls als anormal und daher als korrekturbedürftig.

Vor einer neuen Weltwirtschaftskonferenz?

Die englische Regierung hat schon lange eine internationale Weltwirtschaftskonferenz angeregt. Diese sollte dazu dienen, die Währungsfragen, Zollpolitik, Preisentwicklung und Widerstandsmöglichkeiten gegen die Deflationserscheinungen und ähnliche Fragen zu erörtern. Die amerikanische Regierung hat nunmehr ihren Widerstand gegen die Einberufung einer solchen Konferenz aufgegeben. Es dürfte deshalb mit einem Zusammentritt derselben gerechnet werden. Große Hoffnungen auf die Wirkung der Konferenz dürften nicht am Platze sein. Dennoch — wie soll dieser Krisendruck gemildert werden, wenn man nicht endlich zu energischen Maßnahmen kommt.

Arbeiterversicherung

Neufestsetzungen der Werte der Sachbezüge?

Infolge der erfolgten Gehalts- und Lohnkürzungen sind in neuerer Zeit durch den Reichsarbeitsminister an die einzelnen Landesregierungen dahingehende Ersuchen ergangen, die zur Zeit geltenden Werte der Sachbezüge gemäß § 160 der Reichsversicherungsordnung zwecks eventueller Neufestsetzung durch die zuständigen Versicherungsämter einer Nachprüfung unterziehen zu wollen. Zum Entgelt gehören bekanntlich im Rahmen der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung neben Gehalt oder Lohn auch Gewinnanteile, Sach- und andere Bezüge, die der Versicherte, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, statt des Gehalts oder Lohnes oder neben ihm von dem Arbeitgeber oder einem Dritten erhält. Die Versicherungsämter haben nun den Wert der Sachbezüge nach den Ortspreisen festzusetzen. Vorher haben sie den beteiligten Krankenkassen Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Die obersten Verwaltungsbehörden können auch Näheres bestimmen beziehungsweise vorschreiben, daß die Festsetzung des Versicherungsamts der Zustimmung des zuständigen Oberversicherungsamts bedarf und daß das Oberversicherungsamt die Festsetzung des Wertes der Sachbezüge vorzunehmen hat, wenn es die Genehmigung versagt. Wenn auch die Genehmigungsversagung durch die Versicherungsämter meines Erachtens wohl kaum in Frage kommen kann, so aber zeigen sich in der Neufestsetzung doch insofern sehr große Schwierigkeiten, weil die Landesfinanzämter meistens in der Bewertung der Anrechnung dieser Sachbezüge diese in steuerlicher Hinsicht nicht vollauf gelten lassen wollen. Ja, es werden sogar in einzelnen Landesfinanzamtsbezirken besondere Anrechnungsnormen festgesetzt, die meistens niedriger liegen als die durch die Versicherungsämter festgelegten Werte der Sachbezüge. Die Landesregierungen empfehlen daher den Versicherungsämtern schon möglichste Angleichung an die dort geltenden Anrechnungssätze. Dieses ist natürlich wiederum nur dann möglich, wenn diese sich in dem Rahmen der von den beteiligten Krankenkassen angegebenen Sätzen befinden. Unmöglich wird es aber zum Beispiel dann schon, wenn für volle Beköstigung und Wohnung (einschließlich Heizung) für Angestellte in leitender oder gehobener Stellung (Ärzte, Oberschwester, Inspektoren, Erzieher usw.) monatlich 72 M von den Krankenkassen und 60 M von dem zuständigen Landesfinanzamt

berechnet werden sollen; ebenso unmöglich auch dann, wenn erstere 40 M schätzen und letztere nur 30 M monatlich für Krankenhauspflepersonal, Arbeiter und Angestellte in Handelsbetrieben, Forst und Gärtnereien gelten lassen will, und endlich auch dann nicht, wenn die Krankenkassen für Hausangestellte, Lehrlinge usw. 30 M und das Landesfinanzamt nur 25 M für volle Beköstigung und Wohnung monatlich gelten lassen möchte. Hier haben dann die Versicherungsämter die umstrittenen Sätze sachgemäß nachzuprüfen und durch den Vorsitzenden des Beschlusses Ausschusses genehmigen zu lassen. Daß dieses fast immer mit gewissen Schwierigkeiten verbunden ist, darf nicht verkannt werden. Die meisten Versicherungsamtsvorsitzenden wenden sich daher auch schon zur weiteren Orientierung und richtigen Lösung der umstrittenen Sätze an die örtlichen Gewerkschaftskartelle, Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkskammern sowie an das eventuell vorhandene städtische Statistische Amt usw. Nur dadurch dürfte sachlich zu beurteilen möglich sein, ob eine Neufestsetzung der Werte der Sachbezüge im angeregten Sinne des Reichsarbeitsministers zur Zeit wieder gegeben ist.

Es darf nämlich hier nicht verkannt werden, daß auch für die Arbeitnehmerschaft im einzelnen Versicherungsamtsbezirk (Stadt-, Kreis- und Landratsamtsbezirk) die wichtige Festsetzung der Werte der Sachbezüge nur von großem Vorteil sein kann. Bei der Eingruppierung der einzelnen Klassen im Krankenkassenversicherungswesen kommt es zum Beispiel bei der Erkrankung bekanntlich auch darauf an, welche Unterstützung (Krankengeldhöhe) der Versicherte erhalten kann. Ebenso bei der Berechnung der Angestellten- und Invalidenversicherungsbeiträge, um bei Invalidität die richtige Rente erhalten zu können. Und nicht minder bei Betriebsunfällen (Unfallversicherungs-Berufsgenossenschaften), weil zum Entgelt der Wert der Sachbezüge gerechnet wird, um den wirklichen Jahresarbeitsverdienst zur Unfallrentenberechnung zugrunde legen zu können. Gerade in letzterer Hinsicht ist dieses sehr wichtig, weil bekanntlich die Unfallrente (100 %) in Wirklichkeit nur zwei Drittel des wirklich erzielten Jahresverdienstes (66 2/3 %) bei völliger Erwerbsunfähigkeit beträgt. Gewiß darf hierin nicht verkannt werden, daß bei höherer Festsetzung des Wertes der Sachbezüge auch für den Arbeitnehmer die Sozialversicherungsbeiträge etwas höher sein werden. Aber darauf darf es hier allein nicht ankommen, sondern vielmehr nur darum, in Erkrankungs- und Invaliditäts- und bei Betriebsunfällen richtig versichert zu sein. Denn dieses nur allein dürfte auch im Interesse der Familienangehörigen liegen.

Krisenüberwindung und Kapitalismus

Der Kapitalismus verfolgt die gegenwärtige Methode. Die Folge ist, daß sich der Lohnanteil der Arbeiter an dem erzeugten Gesamtprodukt wie auch im einzelnen fortgesetzt vermindert. Jede neue Maschine, jede weitere technische Verbesserung setzt ihn weiter herunter, ohne daß ein entsprechender Ausgleich erfolgt. Den Beweis hierfür liefern die Ergebnisse der Mechanisierung und Rationalisierung in weitestem Umfang. Die stattgefundenen technischen Umwälzungen zeigen uns eine außerordentliche Erhöhung der Produktionsfähigkeit, höhere Arbeitsleistung bei weniger Arbeitern und geringeren Lohnaufwand. Stellen wir uns vor, daß es so weitergeht, so ergibt sich als Folgerung, daß schließlich nur noch eine Handvoll Ueberkapitalisten übrig bleibt, die nur auf den Knopf zu drücken brauchen, um in ihren mechanisierten Betrieben die Produktion völlig automatisch in Gang zu setzen oder stillzulegen. Damit hätte das Unternehmertum den von ihnen bewußt wie unbewußt angestrebten kapitalistischen Idealzustand erreicht. Sie brauchten sich

nicht mehr mit den Arbeitern über Lohnfragen und Arbeitsbedingungen zu streiten, weil es Arbeiter nicht mehr geben würde. Nur würde es auch mit der kapitalistischen Produktion und Wirtschaft zu Ende sein, denn ohne Käufer und Verbraucher hört beides auf.

Das ist zwar ein etwas drastisches Beispiel, das sich nicht vollständig verwirklichen läßt. Eine in dieser Richtung gehende Tendenz läßt sich jedoch bei der kapitalistischen Entwicklung nicht bestreiten. Schon Marx hat in seinem „Kapital“ diese Tendenz eingehend behandelt, indem er auf das steigende Wachsen des konstanten, das heißt in Produktionsmitteln angelegten Kapitals im Gegensatz zu dem ständigen Sinken des für Arbeitslöhne verwendeten variablen Kapitals hinwies und diesen Vorgang neben der fortschreitenden Kapitalakkumulation als Ursache für das Entstehen von Krisen wie auch der Zunahme der industriellen Reservearmee hinstellte. Hiervon leitet er denn auch mit den schließlichen Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems ab. Das ungeheure Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren unterstützt diese Auffassung. Einmal muß die in der Zunahme des konstanten Kapitals zum Ausdruck gelangende Anhäufung und Vermehrung der Produktionsmittel infolge der Zusammenschumpfung der für ihre Verwendung notwendigen Verbrauchermassen ein Ende finden, wenn nicht für eine grundlegende Aenderung des herrschenden Produktions- und Verteilungssystems Sorge getragen wird. Diesem Punkt ist die kapitalistische Wirtschaftsordnung bedenklich nahegerückt. Setzt sich die Entwicklung in dieser Weise fort, so droht ihr, wie Marx voraussagte, die Gefahr, daß sie an ihrem eigenen Widersinn zugrunde geht. m.

Arbeitsrechtliches

Schutz der Meinungsfreiheit und der Gewerkschaftszugehörigkeit

In den Nummern 8 und 9, Jahrgang 1932 des „Zimmerer“ hatten wir eingehend zu der Bedeutung der Meinungsfreiheit, die im Artikel 118 der Reichsverfassung gewährleistet ist, Stellung genommen. Bei der Bedeutung, die diese Rechtsfrage gerade in der Gegenwart hat, berichten wir nachstehend ebenso ausführlich über die weitere Entwicklung, indem wir auch noch die Bedeutung des Artikels 159 der Reichsverfassung, der die wirtschaftliche Vereinigungsfreiheit (Gewerkschaftszugehörigkeit) gewährleistet, mitbehandeln. Wir schließen die nachfolgenden Ausführungen ohne weiteres unserer damaligen Darstellung an.

Neben Artikel 118 der RV. kommt meist noch Artikel 159 der RV. in Betracht: „Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbindungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, die diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.“ Die Bedeutung des vorstehend wiedergegebenen Satzes 2 des Artikels 159 der Reichsverfassung hat das Reichsarbeitsgericht an sich von vornherein richtig erkannt, indem es in RAG. 533/28 vom 14. September 1928 folgenden Grundsatz aufgestellt hat: „Artikel 159 Satz 2 der Reichsverfassung erklärt „alle Abreden und Maßnahmen, die die (im Satz 1 gewährleistete) Vereinigungsfreiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, für rechtswidrig.“ Daraus folgt nicht nur, daß sie, soweit sie auf privatrechtlichem Gebiete liegen, nach § 134 BGB. nichtig sind, sondern auch, daß sie gemäß § 823 Absatz 2 BGB. zum Schadenersatz verpflichten. Unter „Maßnahmen“ im Sinne des Artikels 159 a. a. O. fallen aber nicht nur öffentlich-rechtliche Akte, sondern auch private Willenserklärungen und einseitige Rechtsgeschäfte, also auch zur Auflösung von Vertragsverhältnissen bestimmte Kündigungen. Das Landesarbeitsgericht glaubt, daß bei der hier vertretenen Ansicht über die Anwendbarkeit des Artikels 159 Satz 2 der Reichs-

verfassung auf Kündigungen § 84 Nr. 1 des BRG. überflüssig gewesen wäre, übersieht dabei aber, daß der Kündigungseinspruch nur die Glaubhaftmachung einer Beeinträchtigung der Vereinigungsfreiheit, ein auf Artikel 159 Satz a. a. O. allein oder in Verbindung mit § 823 Absatz 2 BGB. gestützter Anspruch aber den Beeinträchtigungsnachweis erfordert.“

In RAG. 466, 467/31 vom 20. Februar 1932 handelte es sich um einen Fall, wo ein Arbeitgeberverband nach Zustandekommen eines Tarifvertrages und Abbruch des Arbeitskampfes seine Mitglieder aufgefordert hatte, nur Mitglieder der Gewerkschaften einzustellen, die an diesem Tarifvertrag beteiligt waren. Die Mitglieder der revolutionären Gewerkschaftsopposition wurden daher nicht eingestellt. Nach Ablauf zweier Wochen zog der Arbeitgeberverband seine Maßnahme zurück. Die von diesem Boykott betroffenen Mitglieder der revolutionären Gewerkschaftsopposition klagten gegen den Arbeitgeberverband und die Mitglieder desselben, bei denen sie früher tätig gewesen waren. Der Schadenersatzanspruch wurde vom RAG. mit folgender Begründung abgewiesen: „Im Sinne des Satzes 2 des Artikels 159 der RV. können nicht schon Maßnahmen genügen, die nur mittelbar oder entfernter in ihren Ausführungen oder Nachwirkungen die Folge nach sich ziehen können, daß sich der eine oder andere Arbeiter in seiner Vereinigungsfreiheit bedrängt fühlt ohne Rücksicht darauf, ob dies auch den Absichten und Zwecken der Gegenseite entsprach.“

Die Abweisung des Schadenersatzanspruches an sich war in diesem Falle richtig, da der Arbeitgeberverband den Arbeitskampf gegenüber der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die an dem Tarifvertrag unbeteiligt war und mit dem Inhalt dieses Tarifvertrages auch nicht einverstanden war, eben einige Zeit hat weiterführen wollen. Die Begründung dieser RAG.-Entscheidung ist jedoch nicht richtig; denn sie stellt bei einer Maßnahme gegen die Vereinigungsfreiheit auf die Absicht und nicht nur auf die Wirkung ab. Der Arbeitgeber soll nur schadenersatzpflichtig sein, wenn er absichtlich einen Arbeiter wegen seiner Vereinigungsfreiheit schädigt, nicht schon dann, wenn durch die Maßnahme als solche im Ergebnis eine Schädigung in dieser Hinsicht eintritt. Das RAG. meint, seine Auffassung ergebe sich schon daraus, daß nur Abreden und Maßnahmen rechtswidrig sein sollen, die die Vereinigungsfreiheit einzuschränken oder zu behindern „suchen“. Es ist zuzugeben, daß diese Wortfassung eigenartig ist. Sie soll aber nicht den vom RAG. angenommenen Sinn haben. Außerdem bezieht sich „suchen“ nach dieser Sprachfassung nicht auf den Arbeitgeber, sondern auf „Abreden und Maßnahmen“. Es genügt also schon, daß die Maßnahme im Ergebnis eine Einschränkung und Behinderung der Vereinigungsfreiheit bedeutet. Deshalb sagt insoweit mit vollem Recht zu dieser Entscheidung auch Nipperdey in der Bensheimer Sammlung, Band 14, Seite 448:

„Unerblich ist, daß die Arbeitgeberseite noch weitere Zwecke mit der Maßnahme verfolgte. Das wird immer bei derartigen Beeinträchtigungen der Koalitionsfreiheit der Fall sein. Man denke nur an den Regelfall der beschränkten Organisationsklausel. Sie bezweckt natürlich letzten Endes, das an sich berechtigte Streben der tarifabschließenden Verbände zu fördern, ihre Mitgliederzahl möglichst zu vermehren oder ihren Mitgliedern besondere Vorteile zu sichern. Häufig mag auch — wie hier — noch der Zweck hinzutreten, den Arbeitsfrieden vermöge der Verbandsgewalt in den tarifunterworfenen Betrieben möglichst lange aufrechterhalten zu können. Alles das ändert aber nichts daran, daß die Organisationsklausel als Maßregelung gegenüber den Anderskoalitierten anzusehen ist und als solche auch gedacht und empfunden wird.“

Die Absicht, die Vereinigungsfreiheit zu beeinträchtigen, kann nicht gefordert werden. Es muß genügen, wenn der Maßnahme ein koalitionsfeindliches (hier den andern Koalitionen feindliches) Mö-

tiv anhaftet. Dies hat das RAG. bei Beurteilung koalitionsfeindlicher Kündigungen selbst wiederholt betont. (Vgl. die Angaben bei Hueck-Nipperdey a. a. O. Seite 493 ff.)

Geht man davon aus, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß die Maßnahme der Arbeitgeberseite einen Verstoß gegen Artikel 159 RVO. enthält und damit die Rechtsfolgen des § 823 II BGB. auslöst. Und zwar ist nicht nur der Verband schadenersatzpflichtig, sondern auch der einzelne Arbeitgeber. (Vgl. hierzu im einzelnen Hueck-Nipperdey, Lehrbuch a. a. O. Seite 511 Anmerkung 34a und Seite 493 Anmerkung 9a.)"

(Fortsetzung folgt.)

Politische Wochenschau

Reichskommissar für Preußen? — Die süddeutschen Staaten in Front gegen die Reichsregierung. — Die Reparationskonferenz. — Angst vor der Aussprache im Auswärtigen Ausschuß. — Entschlossener Kampfwillie der Sozialdemokratie. — Amnestie für Bombenleger und Feme-mörder. — Die Nazis tolerieren.

Das Reichskabinet der Barone äußerte in der letzten Woche die Absicht, für Preußen einen Reichskommissar einzusetzen. Es soll damit erreicht werden, daß sich die Politik in Preußen mit den reaktionären Plänen der Papen-Regierung auf einer Linie bewegt. Gegen diese Absicht hat sich in ganz scharfer Form die geschäftsführende Regierung Preußens gewandt. Beschlüsse wurden von der Reichsregierung in der Frage nicht gefällt, da nach Bekanntwerden ihrer Pläne alle übrigen Staaten sich auf die Seite Preußens stellten und die Absichten der Reichsregierung auf das schärfste verurteilten.

Nach Bekanntwerden, daß für Preußen ein Reichskommissar eingesetzt werden sollte und damit das Parlament sowie die Landesregierung ausgeschaltet würden, haben die süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden in einer Ministerpräsidenten-Konferenz dagegen Ver-wahrung eingelegt. Weiter haben sie beim Reichspräsidenten um eine Aussprache gebeten. An dieser Aussprache nahm neben dem bayerischen Ministerpräsi-Dr. Held, dem württembergischen Staatspräsidenten Dr. Bolz und dem badischen Staatspräsidenten Dr. Schmitt auch der Reichskanzler von Papen teil. Die Erklärungen, die die süddeutschen Ministerpräsidenten abgaben, ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Der bayerische Ministerpräsident Held hat Herrn von Papen sowie auch dem Reichspräsidenten unverblümt gesagt, daß die Einsetzung eines Reichskommissars in einem Lande verfassungswidrig sei und auf den schärfsten Widerstand aller Länder stoßen würde. Er erklärte weiter, wenn man derartiges in Bayern versuchen würde, der Reichskommissar bei Betreten des bayrischen Staatsgebietes an der Grenze schlankweg verhaftet würde. Die Aussprache befaßte sich auch mit den Plänen der Reichsregierung betreffs Aufhebung des SA.- und SS.-Verbotes. Auch dazu erklärte der bayerische Ministerpräsident, daß diese militärischen Nazi-Formationen in Bayern auf jeden Fall verboten bleiben. Damit ist die erste Niederlage der reaktionären, von Hitler unterstützten Reichsregierung besiegt; denn es hat sich eine Einheitsfront der Länderregierungen gegen die Diktaturabsichten der Reichsregierung klar herausgestellt.

Am 16. Juni beginnt die von der ganzen Welt mit Spannung erwartete Lausanner Reparations-Konferenz. Der englische Ministerpräsident Macdonald sowie der französische Ministerpräsident Herriot haben schon Vorbesprechungen in Paris abgehalten, und zwischen diesen beiden Staatsmännern herrscht Ueber-einstimmung darüber, daß die Konferenz nur eine Zwischenlösung darstellen werde. Es werden Erleichterungen für Deutsch-land beschlossen werden und das

Hoover-Moratorium bis Ende des Jahres in seiner jetzigen Form verlängert. Durch die politische Gestaltung in Deutschland wird Frankreich Sicherungen verlangen, um eine Garantie zu haben für die Auf-rechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Europa. Die deutsche Delegation besteht aus dem Reichskanzler von Papen, dem Reichsaußenminister von Neurath sowie dem Reichsfinanzminister von Schwerin-Krosigk und dem Reichswirtschafts-minister Warmbold.

Der sozialdemokratische Reichstags-abeordnete Breitscheid richtete ein Schreiben an den Vorsitzenden des Aus-wärtigen Ausschusses, Frick, in dem ersucht wird, den Ausschuß unverzüglich einzuberufen, um zu den Plänen der Reichsregierung in der Außenpolitik Stellung zu nehmen. Herr Frick hat die Einberufung abgelehnt. Die National-sozialisten haben damit wiederum be-wiesen, daß sie sich schützend vor das Kabinet Schleicher-Papen stellen, um den Volksvertretern keine Möglichkeit zu geben, in offener Aussprache die außen-politischen Fragen zu besprechen.

Der Parteausschuß der Sozialdemo-kratie hatte in seiner letzten Sitzung eine eingehende Aussprache über die jüngsten politischen Ereignisse und im besondern über die bevorstehende Reichstagswahl. Es kam dabei eine eindeutige geschlossene Kampffront gegen den Faschismus zum Ausdruck. Die Sozialdemokratie wird alles versuchen, um der Öffentlichkeit, besonders aber der gesamten Arbeiter-schaft, das reaktionäre Treiben der von Hitler unterstützten Regierung der Barone aufzuzeigen. In seinem Schlußwort gab der Führer der Partei, Otto Wels, der Ueber-zeugung Ausdruck, daß die Sozialdemo-kratie auch die bevorstehenden Kämpfe erfolgreich bestehen werde.

Schon nach der Wahl des Preußischen Landtages kündigten die Nationalsozia-listen an, eine völlige Amnestie für politische Vergehen zu fordern. Der Rechtsausschuß des Preußischen Land-tages beschäftigte sich mit den Am-nestieanträgen der Nationalsozialisten und Kommunisten und es wurde mit Mehrheit beschlossen, eine Amnestie für alle politischen Vergehen der letzten Zeit zu erlassen. Der Vertreter des Preußischen Justizministeriums gab Aus-kunft über die Zahl der politischen Mordfälle in den letzten Jahren und erklärte, daß vom 1. Januar 1931 bis 31. März 1932 in Preußen 80 bis 90 politische Mordtaten begangen wurden. In vielen Fällen wurden Personen getötet oder schwer verletzt. Wenn die Personen, die diese Mordtaten ausführten, alle durch die Amnestie wieder befreit werden

sollen, so besteht eine große Gefahr für die Rechtssicherheit im Staate; denn ge-rade dadurch werden viele ermutigt, noch rasch vor Inkrafttreten des Gesetzes Gewalt- und Mordtaten gegen Anders-denkende auszuführen. Ebenfalls erklärte der Abgeordnete Kuttner, Sozialdemokrat, daß es äußerst bedenklich ist, wenn die schwersten und rohesten Taten, Mord und bestialischer Totschlag, durch die Amnestie völlig straffrei sein sollen. Trotz dieser Einwendungen stimmten für die Amnestieanträge die National-sozialisten, Deutschnationalen und Kom-munisten. Die Kommunisten haben dadurch wieder bewiesen, daß sie es mit dem Kampf gegen den Faschismus nicht ernst meinen; denn sonst könnten sie ihre Stimme nicht dafür hergeben, um die Freisetzung der faschistischen Mörder sowie der Bombenleger zu bewerk-stelligen.

Wie offensichtlich die Tolerierung der Papen-Regierung durch die National-sozialisten ist, beweist ein Vorfall im Württembergischen Landtag, wo die Nationalsozialisten einen vor zwei Wochen eingebrachten Antrag, die Notverord-nungen der Brüning-Regierung sofort außer Kraft zu setzen, zurückzogen mit der Begründung, daß er durch den Regierungswechsel gegenstandslos ge-worden ist. Dieser Vorgang beleuchtet besser als alle die zur Verschleierung ihrer verräterischen Politik bestimmten Erklärungen, die wahre Haltung der Nationalsozialisten. Diese Partei allein ist es, die der neuen Regierung das politische Rückgrat stellt.

Briefkasten der Redaktion

Loitz, Treppenbauer. Deine Auffassung ist richtig. Eine Treppe ist immer fest-stehend oder anderweitig unverschiebbar befestigt; eine Stufenleiter ist eben eine Leiter, die beliebig hingestellt und fortgenommen werden kann.

Trittau. Den Beamten des Arbeits-amtes steht das Recht der Kontrolle zu. Auf Verlangen des Beamten mußt Du die entsprechenden Unterlagen vorlegen. Jedoch ist der Beamte nicht berechtigt gewesen, Dir das Lohnbuch wegzunehmen.

Bischofsburg, E. M. Die Verhandlung vor dem erkennenden Gericht ist immer öffentlich, es sei denn, daß wegen Gefährdung der Sittlichkeit oder der öffentlichen Ordnung vom Gericht aus der Ausschluß der Öffentlichkeit ange-ordnet wird. Bei Verkündung des Urteils wird in allen Fällen die Öffentlichkeit wieder hergestellt.

1932. Du mußt die Erlaubnis des Ar-beitsamts einholen. Abzüge können nicht vorgenommen werden.

Balingen, K. B. Einem Arbeitnehmer ist für eine Zeit, in der er infolge un-berechtigter fristloser Kündigung des Arbeitsvertrags nicht gearbeitet hat und für die ihm vom Arbeitsgericht der Kurz-arbeiterlohn rechtskräftig zuerkannt wor-den ist, die Kurzarbeiterunterstützung zu gewähren. In diesem Sinne entschied das Reichsversicherungsamt erst am 27. November 1931.

Literarisches

Protokoll des Krisenkongresses, Verlags-gesellschaft des ADGB., Berlin S 14, Insel-straße 6 a. Dieses wichtige Dokument darf in keiner Zahlstellenbibliothek fehlen. Für den Funktionär des Verbandes ist dieses Protokoll eine Fundgrube, aus der zu schürfen gerade in der Gegenwart not-wendig ist.

„Die Gemeinde“ muß jeder Kommunal-politiker lesen. Eine Fülle von Material, Verordnungen, Berichten, Beispielen, An-leitungen und Rechtsauskünften findet sich in der Kommunalen Rundschau in über-sichtlicher Art für die Praktiker in Stadt- und Landgemeinden zusammengestellt. Jeder Kommunalpolitiker benötigt die „Gemeinde“ und bestellt sie für 3 Mk. vierteljährlich bei der Post, der Volksbuchhandlung oder beim Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Anzeigen

Sterbetafel

- Annaberg i. B.** Am 31. Mai starb unser Kamerad **Ernst Schuffenhauer** im Alter von 73 Jahren an Altersschwäche.
- Bochum.** Am 3. Juni starb unser Kamerad **Ernst Schiecke** im Alter von 46 Jahren an Lungenentzündung.
- Borna.** Am 3. Juni starb unser Kamerad **Oskar Frühauf** im Alter von 70 Jahren an Altersschwäche.
- Brunsbüttel.** Am 6. Juni starb unser Kamerad **Anton Mews** im Alter von 62 Jahren infolge Nervenleiden.
- Burg-Stargard.** Am 7. Juni starb unser Kamerad **Rudolf Mittelstädt** im Alter von 61 Jahren infolge Krebsleiden.
- Crimmitschau.** Am 2. Juni starb unser Kamerad **Reinhold Ebersbach** im Alter von 69 Jahren.
- Dresden.** Am 7. Juni starb unser Kamerad **Herm. Hartmann** im Alter von 52 Jahren an Lungenleiden.
- Großhain.** Am 2. Juni starb unser Kamerad **Willi Lodemann** im Alter von 21 Jahren.
- Hannover.** Am 6. Juni starb unser Kamerad **Christian Rohrberg** im Alter von 64 Jahren infolge Blutsturz.
- Wesermünde.** Am 4. Juni starb unser Kamerad **John Ostermann** im Alter von 42 Jahren infolge Blutsturz.

Ehre ihrem Andenken!

Zahlstelle Groß-Zimmern

Lokalgeschenke können bis auf weiteres nicht mehr gegeben werden. [2,50 M.] Der Vorstand.

Ein Inserat hat immer Erfolg! Insetiert im „Zimmerer“!

Lest gute Bücher!



Kauft (F) die vom Verband herausgegebene **Fachliteratur!**

Ich helfe Dir **Hobelbänke 60 RM.**

2 m lang, Stahlspindel, komplett, Ia Qualität Blatt Ia gediegene Rotbuche, Garantie.

Werkzeuge Abbildung und Preisliste gratis. **Karl Ramisch**, Pina a. d. Elbe.

Kauft (F) die vom Verband herausgegebene **Fachliteratur!**



Kauft Klüft und Kelle von **Arthur Capelle**

Spezialfabr. f. Bauhandw.-Ausrüstung Berlin N. 54, Alte Schanzenstraße 54 Preis: gratis. - 2. Gesch.: Dirksenstr. 2

Berufs-, Wander- und Sportbekleidung

in Samt, Manchester, Leder und Pilot, Werkzeuge und Teakholz-Wasserwaagen, Schlapphüte, Isländer. **Preisliste gratis.** Mechanische Kleiderfabrik.

Welt-Versandhaus Fritz Ulrich

Altona/Elbe 12, Gustavstraße 58/60



Preis-aufgabe!

Auf welches Volkslied bezieht sich dieses Bild?



Für die richtige Lösung dieser Preis-aufgabe haben wir folgende Preise ausgesetzt:

- 1. Preis: **1 EB- od. Wohnzimmereinrichtung**
- 2. Preis: **1 Wäscheausstattung**
- 3.-12. Preis: **10 Fahrzder** für Herren oder Damen
- 13.-15. Preis: **3 Sprechapparate**
- 16.-18. Preis: **3 Photoapparate**
- 19.-50. Preis: **Taschen- oder Armbanduhren** für Herren oder Damen

und eine große Anzahl diverser Trospreise in reizender Ausführung.

Jeder, Lösung einfindet, ist Preisträger (es genügen d. Anfangsworte d. Liedes) eines obengenannten Preises.

Die Verteilung der Trostpreise erledigen wir selbständig; die Hauptpreise werden unter Aufsicht eines Notars verteilt. Die geringen Verbandskosten für Zufendung der Preise sind vom Einfinder zu tragen.

Durch Einfindung der Lösung geben Sie keinerlei Verpflichtung ein. Wir bitten, dieselbe sofort in genügend frankiertem Brief einzufinden. Für besonders gewünschte Auskunft wird um Rückporto gebeten.

Schreiben Sie noch heute an

Versandgeschäft Union G. m. b. H.
Hannover Nr. 445.